

# Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes  
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Reaktion: Wlh. Röhling in Düsseldorf,  
Corneliusstr. 66. Berichte, kleine Beiträge u. s. w. sind  
zunächst an den betr. Bezirksvorständen einzusenden.  
Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei  
der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein. Et

Die "Textilarbeiter-Zeitung" erscheint jeden  
Samstag und kostet vierteljährlich 75 Pf.; durch  
die Post bezogen 90 Pf. Expedition und Druck  
von Joh. von Uden in Krefeld, Ruth. Straße 65,  
Telephon 3332 Fernsprech-Nr. 1358.

Mr. 24. Telegramm-Adr.: Textilarbeiterverband Düsseldorf.

Düsseldorf, den 16. Juni 1906.

Fernsprech-Nummer 4423.

8. Jahrgang.

reits eine Organisation, der die Mitglieder der nach-  
forschenden Vereinigung ohne Schwierigkeiten ange-  
hören könnten, besteht. Ist eine Vereinigung tatsächlich  
registriert worden, gewährt sie neuen Mitgliedern die Aufnahme nicht unter leichten Bedingungen oder erfordert sie das Verbleiben in der Mitgliedschaft, ist ihre Rechnungsführung nicht in Ordnung oder entzieht sie sich absichtlich einer Besichtigung des Gerichtshofes, so kann der Gerichtshof die Registrierung der Organisation annullieren. Die Annulierung enthebt aber weder die Organisation noch die einzelnen Mitglieder der Verpflichtung, sich einem Urteil zu fügen, nach der Erfüllung von Verbindlichkeiten, die vor der Annulierung eingegangen waren sind.

Vermischtes des Statuts hat der Centralvorstand folgende

## Wahlbezirke

gebildet:

	Ortsgruppen, welche dem betr. Wahlbezirk zugewiesen sind	Anzahl der Delegierten	Anzahl der Delegierten	Anzahl der Delegierten
1. Krefeld I.	98			
" II.	188			
" III.	260			
	496	1	1	
2. Gelberm	25			
Nienkerk	21			
Groningen	7			
Emmerich	6			
St. Hubert	53			
Mönchengladbach	22			
Höls	224			
Bottrop	54			
Krefeld VI.	78			
	490	1	1	
3. Krefeld IV.	105			
" V.	103			
Goch	70			
Wesseling	204			
	482	1	1	
4. Deutz	116			
Siegburg	108			
Worringen	30			
St. Arnolds	247			
	501	1	1	
5. Emmerich-St. Georg	156			
Wierschem	90			
Dülken	206			
Wiedenbrück	29			
	481	1	1	
6. Bremervörde	111			
Bocholt	6			
Lüdenscheid	377			
	494	1	1	
7. Kempen	37			
Grefrath	135			
Hinsbeck	77			
Leuth	12			
Waldfeucht	46			
Schaag	86			
Dortmund	32			
	425	1	1	
8. Viersen I.	360			
" II.	410			
" III.	272			
	1042	2	2	
9. Schleiden	393			
Wülfrath	106			
	497	1	1	
10. Neersen	122			
Neuenkirchen	381			
Neuss	35			
	568	1	1	
11. M.-Gladbach-Bettendorf	455			
Eiden	422			
Helenabrunn	140			
	1017	2	2	
12. M.-Gladbach-Benn	249			
" Windberg	252			
	501	1	1	
13. M.-Gladbach-Hardt	180			
" Höhn	108			
" Waldhausen	293			
	581	1	1	
14. M.-Gladbach-Waldhausen	108			
" Blumenthal	290			
" Hermges-Dahl	285			
" Holt	350			
	1093	2	2	
15. M.-Gladbach-Lüttringhausen	340			
" Hardterbroich-Besch	465			
Giesenkirchen	262			
Erkelenz	24			
	1091	2	2	
16. Oberkirchen	300			
Hörne	174			
	27			
	501	1	1	
17. Rheindorf	428			
Zülpich	54			
	488	1	1	

18. Rheindahlen	169			
Wesel	54			
Wiedenbrück	41			
Wassenberg	292			
Rath	4			
	500	1	1	
19. Niederaußem	1454	3	3	
20. Niederaußem-Burtscheid	858			
Berlautenheide	122			
	980	2	2	
21. Baal	393			
Hergenrath	130			
Kohlcheid	44			
	567	1	1	
22. Brand	349			
Eilenburg	50			
Würselen	147			
	546	1	1	
23. Eupen	1404	3	3	
24. Corneliusmünster	134			
Gronau	53			
Kettwig	70			
Oberforstbach	35			
Raerath	52			
Rott	24			
Walheim	139			
	507	1	1	
25. Montjoie	58			
Ungemünd	200			
Höfen	102			
Kasterherberg	69			
Roetgen	89			
	518	1	1	
26. Düren	604			
Euskirchen	195			
Gruiten	59			
Stolberg	66			
Bedburg	4			
	927	2	2	
27. Barweiler	228			
Beckum	38			
Langerfeld	84			
Schwelm	39			
Mönchhof	39			
	428	1	1	
28. Gierscheid	155			
Werden	131			
Düsseldorf	15			
Duisburg	20			
Neukirch	32			
Ronsdorf	73			
	426	1	1	
29. Siegburg	298			
Götterswickerhamm	30			
Hückelhoven	12			
Hückelhoven	18			
Gremmelsberg	17			
Schmalenberg	10			
Niederseßmar	47			
	455	1	1	
30. Bocholt	1809			
Wülfrath	242			
	1551	3	3	
31. Vorden	165			
Goesel	364			
	529	1	1	
32. Stadtlohn	50			
Wahlmühle	13			
Gronau	46			
Neuenkirchen	400			
	509	1	1	
33. Düsseldorf	29			
Düdinghausen	177			
Appelhülsen	24			
Münster (Westf.)	15			
Greven	24			
Delte	211			
	506	1	1	
34. Erndtebrück	805			
Wesel	138			
Bentheim	40			
Nordhorn	57			
	1040	2	2	
35. Spenge	222			
Rheine	142			
Metelen	134			
	503	1	1	
36. Borghorst	584			
Gütersloh	215			
Brok-Sülze	123			
Isselhorst	44			
Ummeln	128			
	510	1	1	
37. Lünen	567			
Gütersloh	220			
Horst	153			
Gronau	16			
	567	1	1	
38. Hünxe	567			
Hamm-Lünzen	220			
Gronau	153			
Horst	17			
Gütersloh	14			
Stiepel	76			
Stiepel	76			
	495	1	1	
39. Werl	567			
Werl	150			
Horst	14			
Gronau	15			
	404	1	1	
40. Bremen	52			
Deinenhorst	223			
Dinklage	7			
Schöler	121			
Neumünster	122			
Münden	6			
	531	1	1	
41. Lünen	272			
Hersel	19			
Werl	24			
Leithebach	1			

großen Bewegungen aus den einzelnen Bezirken einige Kollegen zu den Sitzungen des Zentralvorstandes hinzuziehen, weil diese die Situation durch die Erfahrungen am Orte selbst besser bekannt seien. Auf die gestellten Fragen wurde bereitwillig Auskunft erteilt.

Sehr viel bekämpft und verdächtigt waren während der jüngsten Bewegung die Mitglieder des Ortsgruppenvorstandes. Vereinzelt hatte man die Kollegen aufgefordert, ihr Mandat niederzulegen. Durch diese Vor kommunistisch veranlaßt, hatte der Vorstand beschlossen, in corpore sein Mandat niedergelegen und der Generalversammlung eine Neuwahl zu empfehlen. Dieselbe hat auch statutgemäß stattgefunden und wurden in geheimer Wahl alle bisherigen Kollegen wieder in den Vorstand gewählt.

Aufgabe unserer Mitglieder ist es, für die Folge mit überdrücklicher Treue zu den von ihnen gewählten Kollegen zu stehen und mit klaren Blick und bewußter Ruhe derartigen Situationen, wie der gegenwärtigen, in die Augen zu sehen. Unsere Gegner haben uns von jeder bekämpft und werden es auch in Zukunft tun, weil unsere Prinzipien grundverschieden von den ihrigen sind. Wenn jedoch Mitgliedschaft und Führung eimäßig arbeiten, werden noch manche Erfolge für die gesamte Nachbar Arbeiterchaft errungen werden. Mit diesem Wunsche unseres Vorsitzenden fand die Versammlung ihren Abschluß.

**Augsburg.** Am 23. Mai hielt unsere Ortsgruppe eine außergewöhnliche Mitgliederversammlung ab. Gewerkschaftssekretär Seier hielt ein Referat über die Rücksicht eines Sekretariats und die weitere Agitation für Bayern. Der Referent wies ihn auf die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und die der christlichen Bewegung im besonderen. Die christlichen Gewerkschaften seien heute ein gewaltiger Faktor geworden, mit dem nach allen Seiten hin gerechnet werden müsse. Auch in Bayern sei die beste Aussicht vorhanden, daß der christliche Gewerkschaftsgedanke sich mehr und mehr Bahn breche und speziell auch unser Verband sich überall Eingang verschaffe. Alle Anerkennung sprach der Referent denjenigen Mitgliedern aus, die seit Jahren anderem Verbänden angehört und treu ausgehalten haben. Und nun sei durch den Zentralvorstand für Bayern eigens ein Sekretariat erichtet und als Sitz desselben Augsburg bestimmt worden. Dieses Entgegenkommen sei gewiß dankbar anzuerkennen, speziell die Ortsgruppe Augsburg habe ja den größten Nutzen davon und erklärte Redner, auf welche Weise der Arbeiterschaft in allen Fragen des Arbeitsverhältnisses eingehen werden könne. Dieses mußte auch dazu beitragen, daß die Ortsgruppe Augsburg von jetzt ab immer aufgebaut werde, dabei sollen aber besonders die einzelnen Mitglieder eifrig mitwirken, um alle Neujahrsfeierlichkeiten und Arbeitserinnerungen herzustellen, welche auf christlich nationalen Gründen stehen. In der Diskussion sprach Kollege Strobel anschließend an die letzten Worte des Referenten und ermunterte die Anwesenden zu tüchtiger Mitarbeit für die weitere Agitation. Des weiteren sprach noch Kollege Lanz, Sekretär des hiesigen Ortsausschusses, beherzigte Worte zwecks reger Förderung unserer Arbeiterschaft in kommunaler und gelehrter Hinsicht. Gerade auf diesem Gebiete sehe den christlichen Arbeitern noch ein großes Feld offen, aber jetzt, nachdem auch freie Kräfte denselben zur Verfügung ständen, mußte es ein leichtes sein, mehr als bisher vorwärts zu kommen. Ein Antrag, die Versammlungen Samstags abends abzuhalten, und einstimmige Annahme. Dasselbe rufen wir allen Mitgliedern zu: Bejubelt fleißig die Versammlungen, dieselben werden jetzt immer interessanter werden, bringt auch immer Unorganisierte mit.

**Braun.** Am 28. Mai stand hier eine vom Vorsitzenden, Kollege Sisternich, einberufene öffentliche Versammlung statt. In derselben sprach Kollege Sisternich zuerst über das Zweijahreshauptamt und dies in seinem Vortrage nach, wie der Verband reip, die Lettern desselben, sich alle Müh geben haben um dasselbe von Aachen fernzuhalten. Redner beprach dann noch die getroffenen Abschüttungen am Schiedsgericht und erläuterte dieselben in eingehender Weise. Dann folgte als weiterer Vortrag die Auspeppung in Aachen und ihre Bedeutung. Kollege Sisternich schüberte zuerst das Entfernen der Lohnabrechnung bei der Firma Meyer, dann den Verlauf der Verhandlungen mit derselben und weiter das Verhalten des Arbeitgeberverbandes und die Auspeppung sowie das Verhalten unserer Mitglieder von der Belegschaft Meyer. Beispielsweise schützte in treiflicher Weise das Verhalten der Genossen bei dieser Meinung, sowie überhaupt das Treiben derselben im Aachener Bezirk. Nach der lebhaften Diskussion, welche sehr anstrengend war, erhielt Kollege Sisternich das Schlusswort. Nach einem kurzen Rückblick auf den Verlauf der Versammlung, wurde diese geschlossen.

**Bocholt.** Am 24. Mai hielt unsere Ortsgruppe eine allgemeine Arbeiterversammlung ab, die gut besucht war. Das Referat hatte Kollege Höven aus Bocholt übermittelt. Derselbe vertritt es in wohlhabendster Weise, worin er die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer sieben sah, die Anwohner von der Notwendigkeit unserer Organisation zu überzeugen. Der folgende Redner, Kollege Lenning, knüpfte an das Referat an und zog die Schlußfolgerungen daraus für die Bocholter Bevölkerung. Beiden Rednern wurde lebhafte Beifall geschenkt. Außerdem noch eine Reihe Anträge wurden gemacht, wurde die Versammlung nach einem Schlußwort des Referenten geschlossen.

**Bonfeld.** Am 21. Mai hielt unseres Ortsausschusses eine allgemeine Arbeiterversammlung ab, die gut besucht war. Das Referat hatte Kollege Höven aus Bocholt übermittelt. Derselbe vertritt es in wohlhabendster Weise, worin er die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer sieben sah, die Anwohner von der Notwendigkeit unserer Organisation zu überzeugen. Der folgende Redner, Kollege Lenning, knüpfte an das Referat an und zog die Schlußfolgerungen daraus für die Bocholter Bevölkerung. Beiden Rednern wurde lebhafter Beifall geschenkt. Außerdem noch eine Reihe Anträge wurden gemacht, wurde die Versammlung nach einem Schlußwort des Referenten geschlossen.

Die ausplaudern, wie sie uns an der Werbung neuer Verbandsmitglieder hindern wollen. Ihr Geiste sieht uns der Artikelbeschreiber schon auf den „leisten faulen Strohgefallen untherrumpeln“. Die Bewegung gleicht einem Strohfeuer, das bald ganz erlöschend wird. Wir können unsern „deutschen Brüdern“ verraten, daß unsere Ortsgruppe einen Mitgliedsbestand erreicht hat wie nie zuvor. Nun kann man es aber nicht gut verlangen, daß wir uns den „Deutschen“ zuliebe in Wohlgefallen auflösen sollen. Interessant ist auch zu hören, daß die Hauptaufgabe des „deutschen“ Zeitarbeiterverbandes am Orte nicht etwa in der Erbringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen geachtet wird, sondern als Hauptaufgabe bezeichnet der Artikelbeschreiber das Fortwärtsdrängen der Christlichen. Also selbst bleibt man schön im Hintergrund und läßt den Christlichen die Arbeit machen. Hier wird unumwunden zugegessen, was wir in unserem Verbandsorgan schrieben: „In den Fabriken, ja da mußt man sich nicht, es könnte auch gefährlich werden. Die Vertretung der Arbeiterschaftswinde überläßt man lieber den Christlichen.“ Wenn wir die Leistung der „Deutschen“ hier am Orte richtig bewerten wollen, so müssen wir sagen: Schimpfen auf die Christlichen Ia, praktische Leistung für die Arbeiterschaft Vb. Der Name unserer Zeitung ist uns zu schade, um auf den an und für sich törichten Artikel der „Deutschen“ eine ausführlichere Antwort zu geben. Um unsern Mitgliedern den Artikel jedoch nicht vorzuhalten, werden wir ihn auf der nächsten Mitgliederversammlung zur Beslebung bringen. Dort wird seine Wirkung nicht verschwinden.

**Derschlag.** Seit etwas fünf Jahren waren hier keine Arbeiterversammlungen mehr abgehalten worden. Die Einigkeit der Arbeiter des Aggertales, die gewiß unseren Gladbachser Kollegen noch in Erinnerung sein wird, war verschwunden. Am 25. März wurde auf Verlangen mehrerer Kollegen in Niederschmiede eine Versammlung abgehalten und eine Zahlstelle unseres Verbandes gegründet. Am 20. Mai hielten die christlichen Bergarbeiter in Engelskirchen eine öffentliche Versammlung ab, in der auch viele Bergarbeiter anwesend waren. Von Kollegen Hamacher wurden Flugblätter und Zeitungen verteilt, und seitens der Arbeiter der Wanne geäußert, auch bald eine Bergarbeiterversammlung abzuhalten; (etwa 30 Kollegen sind dem Bergarbeiterverband angegeschlossen). Eine gut besuchte Versammlung tagte am 27. Mai in unserem Orte. Trotzdem das Wetter sehr regnerisch war, hatte man doch gezeigt, daß der Geist, der einst hier der Arbeiterschaft die Einheit gebracht, noch immer nicht verschwunden war. Die Einigkeit der Organisation brauchte hier kaum erwähnt zu werden. Ein Arbeitersprecher, der Redner des „Berg. Volksblattes“, Herr J. Seier, sprach in überzeugender Weise über: „Die Rechte und Pflichten des Arbeiters“. Lang anhaltender Beifall lohnte den Redner. Der Vorsitzende, Kollege Hamacher, forderte zur Diskussion auf, welche jedoch nicht beendet wurde. Sehr ausführlich legte er dann die Leistungen des Verbandes dar und verglich dieselben in humorvoller Weise mit den Beiträgen und Leistungen beim Entstehen der einzelnen Volksverbände und forderte die Anwesenden auf, sich wieder dem Verbande anzuschließen. Wenn auch nicht alle dies für nötig hielten, (die Furcht vor Maßregelungen ist hier sehr groß) so traten doch eine Anzahl bei Gladbeck noch eine interne Beisprechung zusammen, in der ein probis. Vorstand gewählt und viele Fragen beantwortet wurden, erzielte die Versammlung ihr Ende. Mögen die Kollegen ihr Versprechen halten und tüchtig weiter agitieren, dann der ausgestreute Sonnenstrahl bringe für alle Arbeiter des schönen Aggertales und darüber noch weit hinaus.

**Düren.** Am 20. Mai hielt unsere Ortsgruppe eine Mitgliederversammlung ab, welche zum zweiten Vorsitzenden, Kollege Schmidt, gewählt wurde. Gleichzeitig bemerkte derselbe, daß der schwache Besuch des jetzt angestammten Ortes zu schuld haben sei. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erschien der Kassierer, Kollege van Berich, Bericht vom ersten Quartal. Der Kassierer, Kollege Döring, erklärte, Nacho und Belege in bester Ordnung gefunden zu haben, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Danach erhielt Beiratsvorsitzender, Kollege Sisternich, das Wort über die letzten Vorgänge in Aachen. Der Referent stellte fest, daß das Doppelzulufthsystem nicht länger von Aachen fern gehalten werden konnte, weil an den Orien, wo es eingesetzt ist, noch keine Hand geäußert wird, um es abzuhängen. Da man ganz sicher erwarten konnte, daß die Aachener bei schlechter Konjunktur dasselbe mit Broeck eingeholt hätten, habe man den Zeitpunkt für gekommen erachtet, unter diesen günstigen Bedingungen darauf einzugehen. Die am Schiedsgericht festgelegten Bedingungen seien in quanto, daß jetzt der „deutsche“ Bergarbeiterverband in seinem Organe dieses zugegeben hätte. Über ironisch waren die Sozies zu Aachener Bezirk tieflich an der Arbeit, die Kollegen gegen die Einigung jedoch zu machen. Jeder tüchtige Kollege müsse erkannt haben, wohin die „Genossen“ mit dieser Taktik hinführten. Des weiteren beleuchtete der Referent das Vorhaben der Belegschaft d. u. M. Meyer und die allgemeine Auspeppung der Arbeiter. Nach einer kurzen Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die am 20. Mai im Lokale Kaprell tagende Versammlung der Ortsgruppe Düren nimmt Kenntnis von der Aachener Bewegung und erkennt das Vorhaben des Zentralvorstandes als korrekt an und ruft dem Zentralvorstand ein volles Vertrauen aus.

Nach diesem wurde noch ein Fall behandelt, der sich bei der Firma Dremm und Seil in Birkesdorf zugegriffen hat, wo der Gemeindepfarrer einen Arbeiter entließ. Hieraus wurde die Versammlung mit einer fröhlichen Spur, immer fröh und fest zum Schluß gebracht, vom Vorsitzenden geschlossen.

Am 20. Mai hielt unsere Ortsgruppe eine öffentliche Versammlung ab, um der Gemeinde einen Beitrag zu leisten, was sie in der Schule für die Kinder zu tun hat. Hieraus wurde die Versammlung mit einer fröhlichen Spur, immer fröh und fest zum Schluß gebracht, vom Vorsitzenden geschlossen.

Am 20. Mai hielt unsere Ortsgruppe eine öffentliche Versammlung ab, um der Gemeinde einen Beitrag zu leisten, was sie in der Schule für die Kinder zu tun hat. Hieraus wurde die Versammlung mit einer fröhlichen Spur, immer fröh und fest zum Schluß gebracht, vom Vorsitzenden geschlossen.

Am 20. Mai hielt unsere Ortsgruppe eine öffentliche Versammlung ab, um der Gemeinde einen Beitrag zu leisten, was sie in der Schule für die Kinder zu tun hat. Hieraus wurde die Versammlung mit einer fröhlichen Spur, immer fröh und fest zum Schluß gebracht, vom Vorsitzenden geschlossen.

Gebern erleiden sollen. Dieses Sanktifikat der „gewohnten“ ist sehr interessant und glaubt auf folgenden Gründen:

1. Weil man sonst immer hört, daß die Arbeitgeber nach einer Arbeitszeitverkürzung streben sollen, weil bei verlängerter Arbeitszeit nichts voneinander produziert wird.
2. Weil die Firma lieber morgen wie übermorgen sieht, daß an Witterungsbedingungen gearbeitet wird.
3. Weil Religion Privatsache ist.
4. Weil nur durch Einigkeit bei Königsberger etwas erreicht werden kann.

Wer es aber jetzt wagen würde, den „Genossen“ zu sagen: Ihr seid betreffs des ersten Punktes inkorrekt, betreibt bereits Punkt zwei Handlanger des Kapitals, betreibt Punkt drei Deuchler und betreibt Punkt vier Arbeiterspitzen, der würde schon ankommen. Kein, alles das sind die „Genossen“ nicht, die ruhen belanglos nicht eher, bis nach dem Ausspruch eines Genossen aus Gladbach der letzte Arbeitgeber am Webstuhl steht. Alle diese angeführten bösen Eigenschaften bestehen, wie eingangs erwähnt, die vermeideten Christen, und wenn in St. Tönis, dann der eingeschalteten Machinationen, der durch die Unmöglichkeit der Arbeiter möglich gewordene Unternehmens diktiert, dann sind die Schulden die christlich organisierten Arbeiter und die rüte und goldene Internationale wünscht — ihre Hände in Unschuld.

**Walzbach.** Am 5. Mai hielt unsere Ortsgruppe ihre Monatssammlung ab. Kollege Bürgen gab den Quartalsbericht und erklärten die Revisionen, alles in beiter Ordnung gefunden zu haben. Darauf wurde dem Vorsitzer Entlastung erteilt. Interessant war der Vortrag des Kollegen Hoffmann vom Holzarbeiterverband über das Koalitionsrecht. Der Redner erinnerte reichen Beifall. Nach einigen Besprechungen schloß der Vorsitzende gegen 11 Uhr die Versammlung.

**Wehr (Woden).** Von allen Gaben, die uns das neue Jahrhundert beschert, ist uns zweifellos keine so unentbehrlich geworden wie die Organisation. Aus dieser Erkenntnis heraus war für den 24. Mai von unserer Ortsgruppe eine Versammlung für alle christlich gesinnten Arbeiter in den Wehrhof-Saal einberufen worden, zu welcher Kollegen Knorr von Freiburg das Referat übernommen hatte. Redner sprach über die Notwendigkeit und Pflichten der christlich gesinnten Tertiärarbeiterchaft. Die selbe führte u. a. aus, daß früher die Arbeiter Englands ein Hundertsein führten, jetzt aber, wo sie organisiert seien, daher auch eine große Macht besiegen, haben sie den Acht- und Neunstundentag und eine bedeutende Lohnhöhung errungen. Dieser betonte Rednerin, wenn es auch in unseiner deutschen Vaterlande noch nicht so schlimm sei, so gibt es doch noch ganz entsetzliche Missstände in der Wohnfrage, die kaum eine Feder zu schüren im Stande ist. Rednerin beleuchtete zum Schlus noch die Familienleben der Arbeiter und schloß mit einem warmen Appell zu treuem Ausharren in der Organisation und intensiver Agitation für dieselbe. In der Diskussion sprach ein Arbeiter, anscheinend der „freien“ Gewerkschaft angehörig, wurde aber von einem Kollegen und von der Kollegin Knorr heimgelobt. Einem schönen Aufschwung hatte unsere Ortsgruppe durch diese Versammlung zu verzeichnen. Diese ist von 28 auf 80 Mitglieder angewachsen, und beständig laufen noch Neuaufnahmen gemacht, ein Agitationstisch gesungen und darauf die Versammlung geschlossen.

**M. Gladbach.** (Berichtigung.) In dem Artikel, „Wer vertritt die Arbeiterinteressen?“ in Nr. 22 muss es heißen ½ und ¼ Piennig statt 2 und 3 Piennig.

**Hergearath.** Zur Auflösung über die letzten Ereignisse im Aachener Gebiet hielt unsere Ortsgruppe im Lokale Jos. Stammen zu Altenberg eine öffentliche Versammlung ab mit der Tagessitzung: 1) Die Aachener Zusätzierung und ihre Lehren, 2) Pflichten und Rechte des christlichen Gewerkschaftlers. Kollege Küttigen-Aachen berichtete sehr ausführlich über die Auspeppung und begründete die Stellungnahme des Zentralvorstandes den Streitenden der Firma d. u. M. Meyer gegenüber. In der Diskussion wurde entschieden verurteilt, daß die treulosen Mitglieder der Firma d. u. M. Meyer dem Beifluss des Zentralvorstandes nicht Folge leisteten. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die heute am 20. Mai im Lokale Jos. Stammen tagende, öffentliche Versammlung erkennt das Vorhaben des Zentralvorstandes bei der Bewegung der Firma d. u. M. Meyer, sowie bei der Auspeppung als das einzige richtige an, und sie verurteilt entschieden das hegertische Verhalten der Führer des deutschen (sozialdemokratischen) Verbandes bei dieser Bewegung. Kollege Küttigen-Aachen erklärte dasselbe mit Broeck eingeholt zu haben, habe man den Zeitpunkt für gekommen erachtet, unter diesen günstigen Bedingungen darauf einzugehen. Die am Schiedsgericht festgelegten Bedingungen seien in quanto, daß jetzt der „deutsche“ Bergarbeiterverband in seinem Organe dieses zugegeben hätte. Über ironisch waren die Sozies zu Aachener Bezirk tieflich an der Arbeit, die Kollegen gegen die Einigung jedoch zu machen. Jeder tüchtige Kollege müsse erkannt haben, wohin die „Genossen“ mit dieser Taktik hinführten. Des weiteren beleuchtete der Referent das Vorhaben der Belegschaft d. u. M. Meyer und die allgemeine Auspeppung der Arbeiter. Nach einer kurzen Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die am 20. Mai im Lokale Jos. Stammen tagende, öffentliche Versammlung erkennt das Vorhaben des Zentralvorstandes bei der Bewegung der Firma d. u. M. Meyer, sowie bei der Auspeppung als das einzige richtige an, und sie verurteilt entschieden das hegertische Verhalten der Führer des deutschen (sozialdemokratischen) Verbandes bei dieser Bewegung. Kollege Küttigen-Aachen erklärte dasselbe mit Broeck eingeholt zu haben, habe man den Zeitpunkt für gekommen erachtet, unter diesen günstigen Bedingungen darauf einzugehen. Die am Schiedsgericht festgelegten Bedingungen seien in quanto, daß jetzt der „deutsche“ Bergarbeiterverband in seinem Organe dieses zugegeben hätte. Über ironisch waren die Sozies zu Aachener Bezirk tieflich an der Arbeit, die Kollegen gegen die Einigung jedoch zu machen. Jeder tüchtige Kollege müsse erkannt haben, wohin die „Genossen“ mit dieser Taktik hinführten. Des weiteren beleuchtete der Referent das Vorhaben der Belegschaft d. u. M. Meyer und die allgemeine Auspeppung der Arbeiter. Nach einer kurzen Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die am 20. Mai im Lokale Jos. Stammen tagende, öffentliche Versammlung erkennt das Vorhaben des Zentralvorstandes bei der Bewegung der Firma d. u. M. Meyer, sowie bei der Auspeppung als das einzige richtige an, und sie verurteilt entschieden das hegertische Verhalten der Führer des deutschen (sozialdemokratischen) Verbandes bei dieser Bewegung. Kollege Küttigen-Aachen erklärte dasselbe mit Broeck eingeholt zu haben, habe man den Zeitpunkt für gekommen erachtet, unter diesen günstigen Bedingungen darauf einzugehen. Die am Schiedsgericht festgelegten Bedingungen seien in quanto, daß jetzt der „deutsche“ Bergarbeiterverband in seinem Organe dieses zugegeben hätte. Über ironisch waren die Sozies zu Aachener Bezirk tieflich an der Arbeit, die Kollegen gegen die Einigung jedoch zu machen. Jeder tüchtige Kollege müsse erkannt haben, wohin die „Genossen“ mit dieser Taktik hinführten. Des weiteren beleuchtete der Referent das Vorhaben der Belegschaft d. u. M. Meyer und die allgemeine Auspeppung der Arbeiter. Nach einer kurzen Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die am 20. Mai im Lokale Jos. Stammen tagende, öffentliche Versammlung erkennt das Vorhaben des Zentralvorstandes bei der Bewegung der Firma d. u. M. Meyer, sowie bei der Auspeppung als das einzige richtige an, und sie verurteilt entschieden das hegertische Verhalten der Führer des deutschen (sozialdemokratischen) Verbandes bei dieser Bewegung. Kollege Küttigen-Aachen erklärte dasselbe mit Broeck eingeholt zu haben, habe man den Zeitpunkt für gekommen erachtet, unter diesen günstigen Bedingungen darauf einzugehen. Die am Schiedsgericht festgelegten Bedingungen seien in quanto, daß jetzt der „deutsche“ Bergarbeiterverband in seinem Organe dieses zugegeben hätte. Über ironisch waren die Sozies zu Aachener Bezirk tieflich an der Arbeit, die Kollegen gegen die Einigung jedoch zu machen. Jeder tüchtige Kollege müsse erkannt haben, wohin die „Genossen“ mit dieser Taktik hinführten. Des weiteren beleuchtete der Referent das Vorhaben der Belegschaft d. u. M. Meyer und die allgemeine Auspeppung der Arbeiter. Nach einer kurzen Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die am 20. Mai im Lokale Jos. Stammen tagende, öffentliche Versammlung erkennt das Vorhaben des Zentralvorstandes bei der Bewegung der Firma d. u. M. Meyer, sowie bei der Auspeppung als das einzige richtige an, und sie verurteilt entschieden das hegertische Verhalten der Führer des deutschen (sozialdemokratischen) Verbandes bei dieser Bewegung. Kollege Küttigen-Aachen erklärte dasselbe mit Broeck eingeholt zu haben, habe man den Zeitpunkt für gekommen erachtet, unter diesen günstigen Bedingungen darauf einzugehen. Die am Schiedsgericht festgelegten Bedingungen seien in quanto, daß jetzt der „deutsche“ Bergarbeiterverband in seinem Organe dieses zugegeben hätte. Über ironisch waren die Sozies zu Aachener Bezirk tieflich an der Arbeit, die Kollegen gegen die Einigung jedoch zu machen. Jeder tüchtige Kollege müsse erkannt haben, wohin die „Genossen“ mit dieser Taktik hinführten. Des weiteren beleuchtete der Referent das Vorhaben der Belegschaft d. u. M. Meyer und die allgemeine Auspeppung der Arbeiter. Nach einer kurzen Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die am 20. Mai im Lokale Jos. Stammen tagende, öffentliche Versammlung erkennt das Vorhaben des Zentralvorstandes bei der Bewegung der Firma d. u. M. Meyer, sowie bei der Auspeppung als das einzige richtige an, und sie verurteilt entschieden das hegertische Verhalten der Führer des deutschen (sozialdemokratischen) Verbandes bei dieser Bewegung. Kollege Küttigen-Aachen erklärte dasselbe mit Broeck eingeholt zu haben, habe man den Zeitpunkt für gekommen erachtet, unter diesen günstigen Bedingungen darauf einzugehen. Die am Schiedsgericht festgelegten Bedingungen seien in quanto, daß jetzt der „deutsche“ Bergarbeiterverband in seinem Organe dieses zugegeben hätte. Über ironisch waren die Sozies zu Aachener Bezirk tieflich an der Arbeit, die Kollegen gegen die Einigung jedoch zu machen. Jeder tüchtige Kollege müsse erkannt haben, wohin die „Genossen“ mit dieser Taktik hinführten. Des weiteren beleuchtete der Referent das Vorhaben der Belegschaft d. u. M. Meyer und die allgemeine Auspeppung der Arbeiter. Nach einer kurzen Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die am 20. Mai im Lokale Jos. Stammen tagende, öffentliche Versammlung erkennt das Vorhaben des Zentralvorstandes bei der Bewegung der Firma d. u. M. Meyer, sowie bei der Auspeppung als das einzige richtige an, und sie verurteilt entschieden das hegertische Verhalten der Führer des deutschen (sozialdemokratischen) Verbandes bei dieser Bewegung. Kollege Küttigen-Aachen erklärte dasselbe mit Broeck eingeholt zu haben, habe man den Zeitpunkt für gekommen erachtet, unter diesen günstigen Bedingungen darauf einzugehen. Die am Schiedsgericht festgelegten Beding

# Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Texilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen,

# Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

**Reaktion:** Wilh. Möhling in Düsseldorf, Corneliusstr. 66. Berichte, kleine Beiträge x. sind zunächst an den betr. Bezirksvorsteher einzusenden. Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei  $\frac{1}{2}$  der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein. E.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag und kostet vierteljährlich 75 Pfsg.; durch die Post bezogen 90 Pfsg. Expedition und Druck von Joh. van Acken in Krefeld, Ruth. Kirchstr. 65. Fernsprech-Nr. 1358.

**Dr. 24.**      Telegram-Adr.: Te

Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf.

Düsseldorf, den 16. Februar 1906

Samorodt-Putinov, 1992

## 8. Fahrzeuge

Wenige § 18 des Statuts hat der Centralvorstand folgende Wahlbezirke gebildet:

Wahlbezirk	Ortsgruppen, welche dem betr. Wahlbezirk zugewiesen sind	Mitgliederz. dgl.	Wahl der Delegierten	
			Wahlbezirk	Wahl der Delegierten
1. Krefeld I.	98			
" II.	138			
" III.	260			
	496		1	1
2. Geldern	25			
Nieuwkerk	21			
Groningen	7			
Königsberg	6			
St. Hubert	53			
Mörs	22			
Höls	224			
Vodum	54			
Krefeld VI.	78			
	490		1	1
3. Krefeld IV.	105			
" V.	103			
Giecheln	70			
Wurath	204			
	482		1	1
4. Decht	116			
Süchtelein	108			
Vorst	30			
St. Antonius	247			
	501		1	1
5. Wieren-St.-Georg	156			
Burgwaldniel	90			
Dülken	206			
Dillrath	29			
	481		1	1
6. Brehell	111			
Boisheim	6			
Dobbertich	377			
	494		1	1
7. Kempen	37			
Grefrath	135			
Hinsbeck	77			
Leuth	12			
Kaldenkirchen	46			
Schaag	86			
Dornbusch	32			
	425		1	1
8. Biersen I.	360			
" II.	410			
" III.	272			
	1042		2	2
9. Schießbahn	393			
Willlich	106			
	497		1	1
10. Neersen	122			
Neuerwerb	351			
Neuß	35			
	508		1	1
W.-Gladbach-Bettbrüh	455			
" Eiden	422			
Helemabrunn	140			
	1017		2	2
W.-Gladbach-Benn	249			
" Windberg	252			
	501		1	1
W.-Gladbach-Hardt	180			
" -Hehn	108			
" -Walhausen	293			
	581		1	1
W.-Gladb.-Waldbauerhöhe	108			
" -Bümenberg	290			
" -Hermiges-Dahl	285			
" -Holt	350			
	1033		2	2
W.-Gladb.-Bürrup	340			
" Hardterbroich-Pesch	465			
Giesenkirchen	262			
Corschenbroich	24			
	1091		2	2
Obenkirchen	300			
Hochneukirch	174			
Otten	27			
	501		1	1
Wheydt	428			
Süchtern	54			
	482		1	1

U. Gattung							
18. Rheindahlen	169		40. Bremen	52			
Wegberg	54		Delmenhorst	223			
Wieden	41		Dinklage	7			
Wassenberg	232		Schiffel	121			
Rath	4		Neumünster	132			
	500	1	Wendeburg	6			
19. Lünen	1454	3		531	1	1	
20. Lünen-Burtscheid	858	3	41. Fulda	272			
Berlautenheide	122	3	Hersfeld	19			
	980	2	Herbolz	24			
21. Baals	393	2	Lauterbach	17			
Hergenrath	130	2	Mühhausen (Thüringen)	10			
Kohlshöfel	44	1	Bamberg	44			
	567	1	Forchheim	45			
22. Bränd	349		Marktredwitz	65			
Gütersloh	50			496	1	1	
Würselen	147		42. Lambrecht	120			
	546	1	Kaiserslautern	80			
23. Eupen	1404	3	Otterbach	200			
		3	Erlenbach	180			
24. Corneliusfurther	134		St. Ingbert	15			
Eynatten	53		Siegelbach	15			
Kettens	70		Hirzhorn	25			
Oberforsthof	35		Hergheim	32			
Rüren	52			617	1	1	
Kott	24		43. Mülhausen (El.)	1200			
Walheim	139		Dornach	50			
	507	1	Hüninnen	65			
25. Montjoie	58		Alt-Lahn	18			
Züningenbrück	200		Breitenbach	2			
Höfen	102		Gehweiler	25			
Kalterherberg	69		Hierheim	25			
Roetgen	89		Ingersheim	28			
	518	1	Münster (El.)	70			
26. Dören	604		Weheral	13			
Euskirchen	195		Wettolsheim	11			
Euenheim	59			1505	3	3	
Stokheim	66		44. Eschmar	80			
Bedburg	4		Erstein	118			
	927	2	Märkisch	79			
27. Barmen	226		Vogelbach	47			
Behenburch	38		Felleringen	20			
Langerfeld	84		Niederhispach	62			
Schwelm	39		Hohweiler	45			
Blombacherbach	39		Wittenheim	44			
	428	1		495	1	1	
28. Eversfeld	155		45. Göppingen	25			
Werden	131		Güslingen	19			
Düsseldorf	15		Schellingen	40			
Duisburg	20		Heidenheim	35			
Neuges	32		Schröderstadt	20			
Ronsdorf	73		Rüschwühl	16			
	426	1	Bolkerhausen	15			
29. Siegburg	298		Waldshut	17			
Eitorf	30		Hänner-Göttingen	80			
Hilden	12		Gädingen	230			
Haan	18			497	1	1	
Hämmern	17		46. Defflingen-Öttenh.	107			
Mülheim (Rhein)	10		Murg	182			
Schmallenberg	47		Oberhof	30			
Niederleßmar	23		Wehr	130			
	455	1	Freiburg	50			
30. Bocholt	1309		Lahr	15			
Rhebe	242		Offenburg	10			
	1551	3	Waldkirch	10			
1. Borsten	165			534	1	1	
Evesfeld	364		47. Mausburg	80			
	529	1	Steinen	62			
2. Stadtlohn	50		Lörrach	350			
Whaus	13			492	1	1	
Gronau	46		48. Haun	15			
Neuenkirchen	400		Fahrnau	40			
	509	1	Höllstein	40			
3. Haftern	29		Ubenbach	170			
Dülmener	177		Bell	250			
Büdinghausen	24			515	1	1	
Appelhüsen	15		49. Augsburg	82			
Münster (Westf.)	24		Überhausen (Augsb.)	40			
Greven	211		Werthee	50			
Lechte	26		Lechhausen	130			
	506	1	Göggingen	25			
Emsdetten	805		Kriegshaber	52			
Wesel	138		Friedberg	45			
Genthem	40		Haunstetten	120			
Nordhorn	57			544	1	1	
	1040	2	50. Günzburg	80			
Ibbenbüren	222		Immenstadt	132			
Rheine	142		Kempten	5			
Metelen	123		Kaufbeuren	67			
	503	1	Oberstdorf	10			
Borghorst	584	1	Öffingen	55			
Gütersloh	215		Külen	16			
Brake-Wülfte	123		Blaichach	73			
Stielhorst	44		Kolbermoor	85			
Ummeln	128			523	1	1	
	510	1	51. Greiz	740			
Jöllenbeck	567	1	Gera	110			
Hannover-Sindern	220		Langenberg	54			
Osnaabrück	153			904	2	2	
Bramsche	45		52. Norst (Lau)	180			
Hörstel	17		Cottbus	20			
Bielefeld	14		Sorau	9			
Stieghorst	76		Eilenburg	9			
	495	1	Eisterberg	10			
			Glauchau	27			
			Ostritz	20			
			Seitendorf	31			
			Schirgiswalde	54			
			Großröhrsdorf	10			
			Zittau	34			
				404	1	1	
			53. Neustadt (Oberschlesien)	150			
			Schmeiditz	14			
			Gittertal-Erdmannsdorf	15			

Die in vorstehendem Verzeichnis etwa nicht auf-  
geföhrten Ortsgruppen, z. B. inzwischen neu gegrün-  
deten, wählen mit der ihnen am nächsten gelegenen  
Gruppe zusammen in denselben Wahlbezirk.

Bei der Wahl müssen folgende  
Punkte beachtet werden:

**Beschränkungen**  
berücksichtigt werden:  
1) In jedem Wahlbezirk ist ein Wahlkomitee zu bilden; in solchen Ortsgruppen, die für sich allein — oder mit noch einer andern Gruppe zusammen — einen Wahlbezirk bilden, gelten die Ortsgruppenvorstände ohne weiteres als Wahlkomitee. In allen übrigen Wahlbezirken kann jede beteiligte Ortsgruppe auf je 100 Mitglieder einen Vertreter in das Bezirks-Wahlkomitee delegieren, jedoch hat auch die kleinste Ortsgruppe das Recht, einen Delegierten zu entsenden. Jede Ortsgruppe trägt für ihre Delegierten die Kosten selbst.

Die Wahlkomitees müssen sofort gebildet werden und soll die Einladung zu der ersten Zusammenkunft baldigst von dem Vorsitzenden der größten beteiligten Ortsgruppe, d. h. derjenigen, welche laut Angabe der Wahlbezirksteilung die meisten Mitglieder hat, erfolgen. In der ersten Sitzung wählt jedes Wahlkomitee einen Vorsitzenden, welcher die weiteren Einladungen zu veranlaßt.

2) Jede Ortsgruppe hat das Recht, bezüglich der Kandidaten für die Delegiertentwahl — ebenso für die Erstwähler — Vorschläge zu machen. Dringend erwünscht ist jedoch, daß in allen Wahlbezirken mit Hilfe der Komitees eine Einigung in der Kandidatenfrage herbeigeführt bzw. ernstlich versucht wird.

3) Spätestens bis Dienstag, den 3. Juli sind sämtliche Kandidaten (Vor- und Zuname, Wohnort, Straße und Hausnummer) der Centralstelle in Düsseldorf mitzuteilen, ebenso auch die Vorschläge der einzelnen Ortsgruppen für die Kandidatenliste, falls eine Einigung über gemeinsame Kandidaten nicht erzielt worden ist. Deutlich muß bei allen diesen Vorschlägen angegeben werden, wer als Delegierter und wer als Erstwähler vorgeschlagen wird. Vorschläge, welche erst nach dem 3. Juli eingehen, können nicht mehr berücksichtigt werden.

4) Die Geschäftsstelle des Verbandes in Düsseldorf wird für jeden Wahlbezirk besondere Stimmzettel herstellen lassen und dieselben mit den Beiträgen den einzelnen Ortsgruppen zustellen. Jedem Mitglied wird durch den Vertrauensmann (Förderer, Sammler) ein Stimmzettel übergeben.

5. Die Wahl erfolgt im ganzen Verbande gleichzeitig am Sonntag, den 15. Juli er. In jeder Ortsgruppe ist ein Wahllokal — in größeren Ortsgruppen nach Bedarf mehrere — in einer Wirtschaft oder auch einem Privathause zu errichten, wo die Wahlen getätigkt werden. Der Ortsgruppenvorstand muß das Wahllokal den Mitgliedern rechtzeitig bekannt geben, ebenso auch die bestimmten Wahlstunden. Für jedes Wahllokal muß eine kleine Kommission vom Vorstande bestimmt werden, welche die Stimmzettel aufgegen nimmt.

6) Bei der Wahl müssen die Mitglieder ihr Abstimmungsbuch als Legitimation vorzeigen. Die Wahltommission trägt die Namen derjenigen Mitglieder, welche ihre Stimme abgegeben haben, in eine Liste ein und macht außerdem auf der ersten Innenseite der betr. Mitgliedsbücher durch Stempel der Tintenstift einen besonderen Vermerk. Auf diese Weise soll Doppelwahlsbeteiligung und sonstiger Missbrauch ausgeschlossen werden.

1) Jedes Mitglied kann für einen Delegierten und auch für einen Ersatzmann stimmen. Sollte auf dem Stimmzettel mehrere Kandidaten verzeichnet sind, müssen die Namen derjenigen, welche nicht gewählt werden sollen, durchstrichen werden, sodass auf jedem Stimmzettel nur der Name eines Delegierten- und eines Ersatzkandidaten frei zu lesen, also nicht durchstrichen ist. Stimmzettel, welche dieser Vorschrift nicht genügen, also Zweifel zulassen, sind ungültig. Die Wahlkommissionen sind verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass die Wahl vollkommen geheim abgeführ wird.

8) Sofort nach beendeter Wahl sind die Stimmzettel an den Vorsitzenden des Wahlbezirksomitees einzusenden. Das Wahltkomitee muß unbedingt möglichst behutsig Feststellung des Wahlzustands (Zählung der für die einzelnen Kandidaten abgegebenen Stimmen) zusammentreten. Das Wahlbezirks-Komitee soll ferner das Resultat der Wahl, d. h. die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen und die Zahl der auf die einzelnen Kandidaten gesunkenen Stimmen umgehend, spätestens jedoch bis 25. Juli der Zentralstelle in Schildorf mitteilen. Die abgegebenen Stimmzettel sind vom Bezirkswahlkomitee vorläufig aufzuhören.

9) Für die Wahl der Delegierten ist absolute  
Mehrheit, d. h. mehr als die Hälfte aller  
Wahlbezirk abgegebenen Stimmen erforderlich.  
D dieses Resultat im ersten Wahlgange nicht  
erzielt, so findet am 5. August eine Stichwahl  
durch denjenigen zwei Kandidaten statt, welche  
aller die meisten Stimmen erhalten haben. Für  
Wahl der Erstwähler genügt einfache  
Mehrheit.

(O) Wahlberechtigt sind sämtliche Verbandsmitglieder; wählbar sind nur großjährige (21 Jahre alte) Verbandskollegen und Kolleginnen. Wir bemerken noch ausdrücklich,

dass auch die nicht dem Zentralvorstand angehörigen Beamten und Beziehungsleiter als Delegierte gewählt werden müssen, falls dieselben an der Generalversammlung teilnehmen sollen.

11) Die vorstehenden Antrittungen sind als Ergänzung bezw. Interpretation der statutarischen Bestimmungen (§§ 17 bis 23) anzusehen; ein „Wahlreglement“ hat sich als notwendig erwiesen.

Anträge zur Generalversammlung (§ 22) müssen bis spätestens 29. Juli ex. beim Unterzeichneten eingegangen sein.

Die Namen der gewählten Delegierten und Geschäftsmänner sowie die rechtzeitig eingegangenen Anträge werden später in der „Textilarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht.

Mit kollegialem Gruß

Der Zentralvorstand.

F. B.: C. M. Schäffer, Vorsitzender.

## Zur Generalversammlung.

Unter dieser Stichmarke schickt uns ein Kollege folgende Bütchrift:

In Würde werden sich die auf Grund unseres neuen Wahlsystems ausgewählten Delegierten (in Frankfurt D. R.) versammeln, um über Wahl und Webe des Verbandes zu beraten und zu entscheiden. Wohl mehr als die doppelte Anzahl Kollegen gegenüber dem früheren Verbandsausschuss werden die Generalversammlung bilden. Und das ist gut so. Der Verband ist eine auf demokratischer Grundlage ausgebaute Organisation, der Verband sind wir, die über 3000 Kollegen und Kolleginnen, welche demselben angehören. Darum erscheint mir diejenige Form der höchsten Verbandsinstanz (und das ist ja die Generalversammlung) als die beste und zweitwichtigste, welche die Meinung und den Willen der breiten Massen der Mitglieder am besten zum Ausdruck bringt. Für die Gewerkschaftsbewegung nach der Grundsatz Geltung haben „suprema lex, populus voluntas“, soweit sich derselbe mit der unbedingt nötigen gewerkschaftlichen Disziplin vereinbaren lässt.

Es freut zu hoffen, dass die Generalversammlung auch den Wünschen und Bedürfnissen der verschiedenen „sozialen Schichten“ der Textilarbeiterchaft und den sich daraus ergebenden Verhältnissen nach Möglichkeit Rechnung tragen wird. Der Ausdruck „soziale Schichten“ mag in jüngerer unterrichtlicher Anwendung auf die Textilarbeiter vielleicht etwas fremdiglich erscheinen. Wir sind es zu sehr gewohnt, unter Textilarbeiter von vornherein einen Teil der schlechtesten bezahlten Arbeiter Deutschlands zu verstehen. Diese Ansicht ist in ihrer allgemeinen Anwendung auch zutreffend. Und dennoch kann man auch innerhalb der Textilarbeiterchaft mit Recht von „sozialen Schichten“ reden. Wenn abgesehen davon, dass der Verdienst der (Akkord-) Textilarbeiter in denselben Betrieben, bei denselben Arbeitern und den gleichen Löhnen oft sehr verschieden ist, je nachdem der Arbeiter geachtet oder ungeachtet ist, differieren die Löhne der Textilarbeiter in den verschiedenen Spezialbranchen oft ganz gewaltig. So kann Orte am Niederrhein, wo Steinhauer bei angestrengter Tätigkeit 150 Pf. bis 2 Mk. täglich verdienen, wogegen die Spinner (nicht die Hilfsarbeiter) 4—5 Mk. ebenfalls verdienen. Zwischen den Löhnen der Textilarbeiter in denselben Gegend liegt oft ein Unterschied von 75 bis 100 Prozent festzustellen. Kann man da nicht von sozialer Schichtung reden? Hier handelt es sich aber noch um Textilarbeiter in derselben Gegend. Noch weit drastischer wie die Unterschiede natürlich zutreffen, wenn wir die besser entlohten Arbeiter der guten Gegenpartei mit den schlecht gelöhnten Arbeitern in den „schlechten Gegenenden“ im Vergleich ziehen werden.

Nach statistischen Ermittlungen bezüglich der Durchschnittsverdienst der Textilarbeiter im Jahre 1904 in Schlesien 527 Mk., in Rheinland-Westfalen einziger 804 Mk. Das ordnet ein Weit von 277 Mk. Aus diesen wenigen Angaben geht schon hervor, dass die Einkommensschichtlinie der Textilarbeiter sehr verschieden sind. Die Organisation hat aber nun die Aufgabe, diese verschiedenen sozialen Schichten der Textilarbeiterchaft unter ihrer Fahne zu zusammenführen. Sie wendet sich ebenso an den schlechteren Leinwandwerker wie an den rheinischen Band- und Sammelmutter, sowohl an die Flanellmutter Babens wie an die Spinner Schlesiens — kurz, alle Textilarbeiter in der Organisation zu vereinigen, das ist ihr Ziel.

Es drängt sich nun vor, ob die Frage aufsteigt, in welcher Verband den so verschiedenen gesetzlichen Verhältnissen der Textilarbeiter genügend Rechnung? Bisherum nicht!

Diese Tatsache zeigte sich noch so recht bei Gelegenheit der letzten Beitragsabrechnung. In unserem Verbandsbezirk erhoben sich Stimmen, welche für einen Beitragsausgleich von 50 Pf. eintraten. Andere Kollegen forderten Stein und Stein, es doch bei dem bisherigen Beitragszettel von 20 Pf. zu belassen, weil jetzt der Bestand ihrer Drisgruppe amts schriftlich gestützt wurde. Die führenden Vorortvereinigungen waren den Zaudernden Misstrauensfeind und Schwanzscherei vor. Die englischen Gewerkschaften hingegen machten den für einen hohen Beitragszettel zuvor bereiteten für zu knapp, der Zulassungspunkt nach oben eingestuft werden.

Aus nosrden kam die Arbeiterschaft die letzte Abrechnung gegenüber ihren armenen Verbandskollegen schämen ließen. Kurz gelang es nicht, die Anträge der Kollegen unter einen Hut zu bringen? Selbst einzug Kurz gelang es nicht, die Anträge der Kollegen unter einen Hut zu bringen? Selbst einzug Kurz gelang es nicht, weil diese verschiedenen Anträge sich aus den verschiedenen Verhältnissen der Arbeiter heraus gebildet hatten, weil sie das Spiegelbild der Lebensverhältnisse der betreffenden Arbeitergruppen oder betreffenden Gegenenden waren. Was kommt nun der Verbandsausschuss angepasst der sich widerstreben den Meinungen? Eine den heutigen Verhältnissen entsprechende Erhöhung der Beiträge war unabdinglich notwendig, sollte der Verband nicht den immer mehr erweiterten Arbeitgeberverbänden gegenüber zur Chancenlosigkeit verurteilt sein. Sehr ist es das Ideal eines Gewerkschaftlers, seine Organisation möglichst zu fördern, um durch sie einen maßgeblichen Einfluss auf alle Entwickelung und Unternehmung ausüben zu können. Aber der Verbandsausschuss über den Schrift... der für den 50 Pf. Beitrags plädierten Kollegen einig am überzeugen, weil diese wegen ihres spärlichen Beitragszettels einen jährl. hohen Beitrags einzuzahlen nicht könnten. Den einzigen Ausweg schuf der Verbandsausschuss nur darin, dass er einen Mittelpunkt einzuschaffen, den Beitrags auf 30 Pf. festzulegen — und so damit gewissermaßen zwischen zwei Stühle setzte. Es erfordert nun als zweitwichtigste Forderung, es dadurch jedermann recht zu machen,

dass er es niemandem Recht macht. Bei will den damaligen Beschluss des Verbandsausschusses gewiss nicht kritisieren. Die Herren sind bekanntlich immer klüger, wenn sie vom Rathause kommen, als wenn sie hingehen; das will bejagen, dass das nachträgliche Erscheinen sehr leicht ist. Es muss aber meines Erachtens doch die Aufgabe der bevorstehenden Generalversammlung sein, ernstlich zu prüfen, ob sich den verschiedenen Verhältnissen der Textilarbeiter nicht auch in Bezug auf die Höhe der Verbandsbeiträge Rechnung tragen lässt. Unser Verband will, wie bereits angeführt, nicht die Angehörigen einer bestimmten sozialen Schicht vereinen, sondern möglichst alle Textilarbeiter. Das vermag er aber nur dann, wenn er allen Textilarbeitern die Mitgliedschaft 1) ermöglicht und 2) sie auch allen als für sie vorteilhaft hinzuzufügen vermögt.

Die Heranziehung aller Textilarbeiter für den Verband, mögen dieselben nun wirtschaftlich schlechter oder besser gestellt sein, liege sie meines Erachtens erreichen durch eine staublose Feststellung der Verbandsbeiträge. Es ist doch für jeden Textilarbeiter klar, dass ein Schaffnerpinat eher einen Wochenbeitrag von 60 Pf. zahlen kann als einen schlechteren Einzenebener 30 Pf. Aber ob der Spinner oder was es sonst sei, den höheren Beitrag auch bezahlen wird, werden mich die Kollegen jetzt wohl fragen. Nun, dafür müssen wir auch die Leistungen den Beiträgen gemäß anpassen. Der Zentralverband christlicher Gewerkschafter z. B. hat für die Beiträge verschiedene Klassen geschaffen und die Leistungen (Streich, Sparten u. c. Unterhaltung) den Beiträgen entsprechend festgelegt. Auch verbindliche freie Verbände, u. a. der deutsche Textilarbeiterverband, haben für Beiträge und Leistungen das Staffel-System eingeführt.

Der christliche Bauarbeiterverband setzt die Verbandsbeiträge entsprechend dem Stundenverdienst seiner Mitglieder fest.

Daraus können die Kollegen ersehen, dass die verschiedensten Organisationen bestrebt sind, den Erwerbsverhältnissen ihrer Berufsangehörigen Rechnung zu tragen, ihnen die Zugehörigkeit zur Organisation zu ermöglichen. Das muss auch unserer Freunden sein. Möge es der Generalversammlung gelingen, Mittel und Wege zu finden, um allen christlich nationalgeführten Textilarbeitern die Teilnahme an den Segnungen der Organisation zu ermöglichen.

Diese Anregungen bitte ich die Kollegen noch vor der Generalversammlung in reifliche Erwägung zu ziehen und ihre Meinung dazu, wenn möglich, im Organ bekannt zu geben.

M. F. Krefeld.  
Wir stellen die Ausführungen des Kollegen hiermit zur Diskussion.

Die Redaktion.

## Warum wurde von den „Genossen“ in Aachen die Aussperrung prophezeit?

Die Antwort hierauf gibt uns die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ aus Köln in ihrer Nummer 111, Seite 5. Sie schreibt:

„Schließlich kann es den Arbeitern nur angekommen sein, wenn die Arbeitgeber durch ihre Aussperrungsstatistik der Welt klar machen, wie notwendig die Abhängung des Unternehmers überhaupt und die Leitungsführung des Privatbesitzes an den Arbeitsmitteln in das Eigentum der Gesellschaft ist.“

Und dabei reden die „Genossen“ — mit vollem Ruhm über den Arbeitervorstand der christlichen Führer in Aachen! Nun, ein größerer Arbeitervorstand, als ihn die Ehren in Aachen betrieben haben, ist wohl in der deutschen Arbeiterbewegung noch nicht zu verzählen gewesen. Einzig aus dem Grunde, dass der Aachener Arbeitervorstand für zu machen, das der sozialdemokratische Zukunftstaat eingeführt werden muss, werden Aussperrungen mit all ihrer Fülle und ihrem Stend herangetrieben. Und dabei ist es ein Herr Feinhals, der den Arbeitern vorstellt, es gibt keine Aussperrung, die Arbeitgeber sind zu meining, es ist ein Schlag ins Wasser wie, und doch mag und will man die Aussperrung haben, um die Arbeiterschaft zu aussperrungswilligen Sozialdemokraten heranzubilden.

doch nie hat der deutsche Verband die Interessen der Arbeiter so wichtig vertreten können, wie in diesem Falle in Aachen“, schreibt die „Rheinische“ in Nr. 97 vom 26. April.

Sie die Szenen vertreten die Interessen der Arbeiter um — nicht um der Arbeitersinteressen selbst willen — sondern, damit Aachen auf wird für den sozialdemokratischen Zustand.

Angenommen hat der deutsche Verband einen Bezirk aufzunehmen, na die Lage der Arbeit so verbessert worden ist, wie der christliche Verband es in Aachen getan hat. Aber, auch hier ist ihrer Chancen bestrebt, heissen die „Genossen“ mit Stolz, die eine Fortsetzung jahriger Erfahrungen, um der Aachener Arbeitervorstand ein zweites Thüringen zu bereitzen und durch diese Fortsetzung den Arbeitern hier zu zeigen, der Zukunftspunkt auch eben eingestuft werden.

Aus nosrden kam die Arbeiterschaft die letzte Abrechnung gegenüber ihren armenen Verbandskollegen schämen ließen. Kurz gelang es nicht, die Anträge der Kollegen unter einen Hut zu bringen? Selbst einzug Kurz gelang es nicht, weil diese verschiedenen Anträge sich aus den verschiedenen Verhältnissen der Arbeiter heraus gebildet hatten, weil sie das Spiegelbild der Lebensverhältnisse der betreffenden Arbeitergruppen oder betreffenden Gegenenden waren. Was kommt nun der Verbandsausschuss angepasst der sich widerstreben den Meinungen? Eine den heutigen Verhältnissen entsprechende Erhöhung der Beiträge war unabdinglich notwendig, sollte der Verband nicht den immer mehr erweiterten Arbeitgeberverbänden gegenüber zur Chancenlosigkeit verurteilt sein. Sehr ist es das Ideal eines Gewerkschaftlers, seine Organisation möglichst zu fördern, um durch sie einen maßgeblichen Einfluss auf alle Entwickelung und Unternehmung ausüben zu können. Aber der Verbandsausschuss über den Schrift... der für den 50 Pf. Beitrags plädierten Kollegen einig am überzeugen, weil diese wegen ihres spärlichen Beitragszettels einen jährl. hohen Beitrags einzuzahlen nicht könnten. Den einzigen Ausweg schuf der Verbandsausschuss nur darin, dass er einen Mittelpunkt einzuschaffen, den Beitrags auf 30 Pf. festzulegen — und so damit gewissermaßen zwischen zwei Stühle setzte. Es erfordert nun als zweitwichtigste Forderung, es dadurch jedermann recht zu machen,

„Genossen“ drängten sich zu Hause im Saale zusammen und schrien den Redner nieder. Also für eine ehrliche Aussprache sind die „Genossen“ nicht zu haben. Das sind die Siege dieser „Helden“, womit man den Aushenstehenden beweisen möchte, dass die „Genossen“ die wahren Arbeitervertreter sind. Nach solchen Erfahrungen hatten die Christlichen Führer keine Veranlassung mehr, sich in öffentlichen Versammlungen verleumden und dann niederknallen zu lassen, sondern sie halten einfach ihre Versammlungen ohne diese Vereidigungstheoretiker ab. Über es bleibt nach den sozialdemokratischen Grundsätzen Heinrich nichts anders übrig, als eben die Aachener Arbeiterschaft zu vereilen.

Schrieb doch der „Obergenosse“ Mehring am 8. Januar: „Fürzere Arbeitszeit, besseren Lohn, gute Behandlung, Tarifverträge usw. ist alles gewerkschaftlicher Kleinrat.“ Also die Lage der Arbeiter verbessert ist Kleinrat. „Zum Teufel mit den Tarifverträgen“, schrieb dieser selbe „Genosse“, und in demselben Sinne denkt und handelt Heinrich in Aachen. Bei der Bewegung des allgemeinen Lohnkampfes konnten die „Genossen“ in Aachen auch nicht genug zetzen und schreien; als nun bei der letzten Bewegung der erste Schritt zum allgemeinen Lohnkampf gemacht werden sollte und konnte, da haben die Sozien dieses wieder verfehlt, weil eben die Tarifverträge zum Teufel gehen müssen, und den Aachener Arbeitern es sonst klar geworden wäre, dass der Zukunftstaat eingeführt werden muss. Auch die neuesten Machenschaften des „Genossen“ Feinhals g. hen wohl darauf hinaus, einen Teil der Aachener Arbeiter für den Zukunftstaat reit zu machen. Doch hierzu später.

Die Aachener Arbeiter sehen an dem Gefändnis der „Rheinischen“ und an den „Erfolgen“ der „Genossen“ in Aachen, wohin diese Herren steuern. Aussperrungen müssen gemacht werden, tausende und abertausende Mark Jahre zusammengebrachte Arbeitsergebnisse müssen verbüllt werden, Not und Elend muss über die Aachener Arbeiter kommen, damit jegliches Privatbesitz an Produktionsmitteln an die Allgemeinheit übergehen kann und der Zukunftstaat eingeführt wird.

## Das „Correspondenzblatt“ über die deutsche Studienkommission.

Das „Correspondenzblatt“ der „freien“ Gewerkschaften berichtet, dass der deutsche Studienkommission in England von den dortigen Gewerkschaftsführern eine „grundliche Abfuhr“ zuteil geworden sei. Hierbei beruft sich das „Correspondenzblatt“ auf den Berichtsbericht der General Federation of Trades Unions. Das „Correspondenzblatt“ führt hiermit ein Zepterumstüttchen auf, durch welches es nur Uneigentliche täuschen kann. Das wird sofort klar, wenn man die Dinge etwas genauer ansieht. Als die „freien“ erfuhrn, dass die deutsche Studienkommission nach England reisen würde, da wurde über den Kanal avisiert: „Der Feind kommt.“ und die Kommission bei den Trades Unions nach Kräften angekämpft. Lediglich auf Grund dieser „Information“, bevor sie bei den Mitgliedern der Studienkommission sich über den wahren Sachverhalt informiert hatten, haben die Engländer die „treffende Abfertigung“ im Quartalsbericht veröffentlicht. Als die englischen Gewerkschaftsführer aber Gelegenheit fanden, die Mitglieder der Kommission kennen zu lernen, da trat die „grundliche Abfertigung“ durch das freimaurische Entgegenkommen und betriebswillige Zustimmungserklärung in die Erscheinung.

Das „Correspondenzblatt“ der sozialdemokratischen Gewerkschaften schreibt:

„Die deutsche Gesellschaft für Soziale Reform hat bekanntlich eine Endfertigungserprobung nach England geführt, an der hauptsächlich Vertreter der sogenannten sozialen, aber auch der christlich-Demokratischen Gewerkschaften teilnahmen. Die Delegation hat sich durch einen Londoner Gentleman bei der General Federation of Trade Unions zum Besuch gemeldet. In der neuzeitlichen Ausgabe des Quartalsberichts der General Federation of Trade Unions (März 1904) wird die tragische Delegation mitgestellt und herausgehoben, dass es sich um die christlich-Demokratischen und christlichen Gewerkschaften handelt, die von der genannten Gesellschaft delegiert sind. Es heißt dann (gezitiert auf die bei der Generalkommission eingeholte Information), was das „Correspondenzblatt“ unzweckmäßig verfügt weiter im „Quarterly Report“:

„Die eindrucksvolle Repräsentation der Gewerkschaften Deutschlands ist die „Generalcommission“, die hand in Hand mit der deutschen sozialdemokratischen Partei wirkt, und die Generalcommission, die die weltweit größte Föderation der Gewerkschaften Deutschlands darstellt, ist in leidlicher Weise identisch mit dem angezeigten Vertrag, dessen Zeichen kaum als Repräsentation erwähnt werden können. Wir beantragen, wie dem auch sei, den Delegierten ein Interesse zu bewilligen und ihnen alle gewünschten Informationen über die Bewegung in dieser Lande zu gewähren. Wir hoffen, ihnen verständlich machen zu können, dass das Wohl der Arbeiter nicht gebündet wird dadurch, dass man sie in Sektionen vereinigt, ob christliche oder heiden, sondern indem man sie vereinigt auf einer gemeinsamen Basis der Arbeit.“

Die Stellungnahme der englischen Gewerkschaften zeigt, inwiefern richtige und sie gibt zugleich den deutschen Arbeitern einen deutlichen Beweis darüber, wie mit dem Unterstützer der Gewerkschaftsbewegung Englands, über die wissende organisierte Berücksichtigung steht, die sich die deutschen Arbeiter von Pfosten und Stangen Arbeiterleben anstrengten lassen. Das ist eindeutig, dass der Verband in der deutschen Arbeiterbewegung, die die Engländer machen, sich die ihnen von der General Federation of Trade Unions erzielte Lektion über die Gewerkschaft und Umsturz der Arbeiterschaft zu Gemüte führen werden, in freiem Zustand zu machen, das die Zahl der Arbeitnehmer nicht gebündet wird dadurch, dass man sie in Sektionen vereinigt, ob christliche oder heiden, sondern indem man sie vereinigt auf einer gemeinsamen Basis der Arbeit.“

Das „Correspondenzblatt“ schreibt die „Soziale Praxis“:

„Wer lasst da! Das die sozialdemokratische Kommission und Gewerkschaft in der deutschen Gewerkschaftsbewegung den stärksten Grund für deren Verfehlung ist, weil sie alle nicht auf Parteidogma eingekrempelten Arbeitern zwingt, sich selbständig zu organisieren, in hoch wohl einer unerlässlichen Sache.“

Nun aber kommt der Witz der „Abfertigung“: „Die englische Studienkommission der Gesellschaft für Soziale Reform hat bei dem Generalfederation der General Federation of Trade Unions nicht nur ein sehr freimaurisches Gefügevolumen gefunden, sondern ist auch total von ihre Meinung über die mit der deutschen Gewerkschaftsbewegung geplante Fortschrittsidee gefangen worden. Und in Berufssichtung unterscheidet man der Gewerkschaften auch die Gewerkschaften, die ihren Mitgliedern befiehlt, Arbeit nicht zu gewähren oder nicht anzunehmen, wegen Aussperrung oder Streik bestraft.“

der General Federation of Trade Unions über den Internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftsbewegung in Amsterdam, August 1904. In diesem äußern sich die berühmten Vertreter der englischen Trade Unions zu der Entwicklung von sozialdemokratischer Politik und Gewerkschaftsbewegung also:

„Als Gewerkschaftler müssen wir von vornherein das eine sagen: abgesehen davon, dass es nötig ist, unsere Bewegung in Verführung mit zeitgenössischen politischen Vorgängen zu erhalten, waren wir (auf dem Kongress) nicht am Platze. Unsere Angelegenheiten hier aufzudrängen, würde verlorene Liebe mithilf gewesen sein. Die Gewerkschaftler in diesem Lande treten ein für eine Verbesserung der gegenwärtigen Verhältnisse, ohne das bestehende besondere Regierungssystem dabei ins Auge zu fassen; die kontinentalen Sozialisten treten in erster Linie für eine vollkommene Änderung des Regierungssystems ein. Wir unschuldig in unseren Reihen alle Arten und Schattierungen politischer Überzeugungen und lassen uns weniger von endgültigen Prinzipien als durch Zweckmäßigkeitserwägungen

tum und Kontrolle bestätigt werden können, in grundlegende Prinzip, das die Tätigkeiten des Staates beherrschen. Alle hier vertretenen Organisationen, die dieses Prinzip nicht anerkennen, nehmen auf dem Kongress eine zweifelhafte Stellung ein und sollten sich ganz gewiss nicht darauf einlassen, irgendwelche Anträge zu stellen, die wahrscheinlich doch nur den Ausgang der Verhandlungen noch verworren machen würden.“

Eine „treffende Abfertigung“ der in den sozialdemokratischen Gewerkschaften betriebenen Verquälung von Parteidogma und Gewerkschaftssache, als „aus dem Mutterlande der Gewerkschaftsbewegung“ ist uns bisher nicht zu Gesicht gekommen. Das „Correspondenzblatt“ kann sie in ebendieselben „Quarterly Report“ der englischen Gewerkschaftszentrale nachlesen, den sie gegen die Gesellschaft für Soziale Reform und ihre England-Kommission wollte ins Feld führen: September 1904, S. 9.

## Einigungskräfte und Schiedsgerichte in Australien.

Im Australischen Staatenbund wurde am 15. Dezember 1904 ein Gesetz über Vermittlung und Schiedsgerichtung zur Verhütung und Schlichtung gewerblicher Streitigkeiten, die sich über die Grenzen eines Einzelstaates hinaus erstrecken, genehmigt. Dieses Gesetz ist in seinen Grundzügen den Schiedsgerichten der einzelnen Bundesstaaten und Neu-Schottlands nachgebildet und bedeutet eine Erweiterung der einzelaussichtlichen Geister zur Behandlung von Streitigkeiten, die in ihrem ganzen Umfang sich der Kompetenz der einzelnen Gerichtshöfe entziehen. Es enthält nach dem „Bulletin des internationalen Arbeitsamtes“ folgende Bestimmungen, welche die deutschen Arbeiter und nicht minder die Arbeitgeber interessieren werden:

I. Verbot des Ausstrags gewerblicher Streitigkeiten durch Streiks und Aussperrungen. Der Zweck des Gesetzes ist die Verhütung von Störungen des Wirtschaftslebens durch Streiks und Aussperrungen. Darum

Bereinigung von Arbeitgebern eines Gewerbes, die zusammen in den 6 dem Registrierungsgericht vorliegenden Monaten im Durchschnitt eines Monats nicht weniger als 100 Arbeiter im betreffenden Gewerbe beschäftigt haben, und jede Vereinigung von mindestens 100 Arbeitnehmern eines Gewerbes. Die Registrierung erfolgt entweder auf Ansuchen einer Vereinigung, deren Statuten gewisse Anforderungen genügen oder zwangsläufig durch Proklamation des Generalsouverneurs; auch eine solche zur registrierten Organisation proklamierte Vereinigung hat ihre Statuten in Einklang mit den gegebenen Anforderungen zu bringen. Durch die Registrierung bekommt eine Vereinigung juristische Persönlichkeit und kann zu Zwecken des Gesetzes beansprucht werden. Alle von einem Mitglied einer registrierten Organisation geschuldete Löhne können vom Gerichtshof im beobachteten Verfahren eingetrieben werden; der Gerichtshof hat das Recht, auf Ansuchen einer Organisation ein Mitglied von einer Organisation auszuschließen. Eine nachgeholte Registrierung kann verweigert werden, wenn in dem Staat, in dem das Gesetz gestellt worden ist, bereits eine Organisation, der die Mitglieder der nachforschenden Vereinigung ohne Schwierigkeiten angehören könnten, besteht. Ist eine Vereinigung tatsächlich registriert worden, gewährt sie neuen Mitgliedern die Aufnahme nicht unter leichteren Bedingungen oder erachtet sie das Verbleiben in der Mitgliedschaft, in ihrer Rechnungsführung nicht in Ordnung oder entzieht sie sich absichtlich einer Verfügung des Gerichtshofs, so kann der Gerichtshof die Registrierung der Organisation annullieren. Die Annulierung enthebt aber weder die Organisation noch die einzelnen Mitglieder der Verpflichtung, sich einem Urteil zu fügen, noch der Erfüllung von Verbindlichkeiten, die vor der Annulierung eingegangen worden sind.

In diesen Bestimmungen sind schon Erfahrungen der einz. staatlichen Schiedsgerichte verwertet: die Leichtigkeit der Aufnahme in eine Organisation wurde von den Gerichten der Einzelstaaten in zahlreichen Urteilen vorgeschrieben. Allerdings wurde sie nur für solche Organisationen verfügt, die einen Vorzugsbeschäftigung zugesprochen wurde. Die Vorzugsbeschäftigung selbst ist auch aus den Urteilen in das Gesetz eingedrungen: der Gerichtshof hat das Recht, anzurufen, daß, wenn Mitglieder von Arbeitgeber- und Arbeitnehmungsorganisationen und anderen, nichtorganisierten Personen zu gleicher Zeit Dienst oder Beschäftigung anbieten oder suchen, der Vorzug seines Parteis den Organisierten gewährt werde. Ein solches Vorzugsrecht wird aber nur nach Anhörung aller Personen, die sich dazu äußern wollen, zugesprochen und soll nur dann gegeben werden, wenn nach der Neuberzeugung des Gerichtshofs das betreffende Gesetz von der Mehrheit der durch das Urteil betroffenen, mit den Geschäftsführern in Interessengemeinschaft stehenden Personen genehmigt wird. Jedoch hat keine Organisation Anspruch darauf, vom Gerichtshof der Vorzugsbeschäftigung würdig erklärt zu werden oder vor dem Gerichtshof der Geist einer anderen Organisation um Vorzugsbeschäftigung entgegenzutreten, wenn und solange ihre Statuten oder andere verbindliche Beschlüsse die Verwendung ihrer Fonds zu politischen Zwecken gestatten oder von den Mitgliedern Handlungen politischen Charakters verlangen. In dem Ausdruck "politische Zwecke" sind Betreibungen zur Erziehung und Bewahrung von Maßnahmen über Schutz von Leib und Leben, Schadenersatz bei Unglücks- und Todesfällen, Gesundheitspflege, Geschlecht und Alter der Arbeitnehmer, Arbeitsdauer, Arbeitslohn, Schutz des Gehalts und Lohns und andere gleicherweise das Arbeitsverhältnis bestehende Punkte nicht einbezogen, sofern solche Maßnahmen allen Angehörigen eines bestimmten Bezirks, ohne Rücksicht darauf, ob sie Mitglied einer Organisation sind oder nicht, zu gute kommen sollen. Zur Erneuerung von Rüstmachern kann der Gerichtshof jederzeit eine provisorische Instanz bestimmen, die endgültig zu entscheiden hat, in welchen Fällen der Vorzugsbehandlung unterworfenen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auch unorganisierte beschäftigen oder von Unorganisierten Arbeitnehmern dürfen.

Ein Bundesgerichtshof für Vermittlung und Schiedsgericht (Commonwealth Court of Conciliation and Arbitration) wird eingesetzt. Es besteht aus einem vom Generalgouverneur aus den Richtern des Obergerichtes zu ernennenden Präsidenten, dessen Amtsduer 7 Jahre beträgt, der wieder wählbar ist und nur vom Generalgouverneur auf Verlangen beider Häuser derselben Session wegen schlechter Führung oder Unfähigkeit abgezogen werden kann. Läuft die Amtsduer des Präsidenten während einer Untersuchung ab, so darf sie der Generalgouverneur solange verlängern, daß der Präsident den Fall zu Ende führen kann. Der Präsident kann einen Richter des Obergerichts oder einen Richter eines eingestellten Obergerichts zu seinem Vertreter in einem Teile des Staatenbundes ernennen und ihm gegebene Vollmachten übertragen, ohne daß er dadurch in der Ausübung seiner Kompetenzen irgendwie beeinträchtigt würde. Doch darf die Ernennung eines Oberrichters eines Einzelstaates nur mit Zustimmung des Gouverneurs dieses Staates erfolgen, und kein solcher Richter ist zur Annahme seiner Ernennung verpflichtet. Vor dem Amtsantritt haben Präsident und Stellvertreter zu schwören oder förmlich zu versprechen, daß sie ihre Amtsbefugnisse gewissenhaft und unparteiisch erfüllen und keinerlei bei den Verhandlungen erfahrene Tatsachen oder Angelegenheiten preisgeben wollen. Der Gerichtshof kann sich erweitern und hat dies auf Ansuchen einer Hauptpartei zu tun, indem er zwei Beisitzer zu seiner Beratung über die Streitigkeit ernnt. Ein solcher Beisitzer ist von der Partei vorzusiegen, die nach Ansicht des Gerichtshofes gemeinsame Interessen mit den Arbeitgebern hat, der andere von der Partei der Arbeitnehmer. Machen die Parteien von ihrem Vorschlagsgesetz keinen Gebrauch, so erfolgt die Ernennung unmittelbar durch den Gerichtshof.

Der Gerichtshof ist kompetent, alle gewerblichen Streitigkeiten zu verhüten und zu schlichten, und der Präsident hat die "Möglichkeit", allen gesetzlichen Mitteln die Parteien zu versichern und seine Vollmachten anzuwenden, wenn diese Anwendung im öffentlichen Interesse geboten scheint. Dabei ist ganz einerlei, ob der Gerichtshof um sein Eingreifen erucht wird oder nicht, denn er kann seine Vollmachten aus eigenem Antriebe anwenden. Die Wirksamkeit des Gesetzes ist also nicht den Parteien anheimgestellt. Alle Streitigkeiten unterliegen dem Gerichtshof; sie zerfallen nach der überwiegenden Instanz in drei Gruppen:

1) Streitigkeiten, die der Registratur dem Gerichtshof als solche bezeichnet, deren Behandlung im öffentlichen Interesse liegt; 2) Streitigkeiten, die dem Gerichtshof von einer Organisation zugewiesen unterbreitet werden; 3) Streitigkeiten, um deren Behandlung eine einzelstaatliche Gewerbebehörde oder der Staatsrat eines Einzelstaates den Gerichtshof erucht. Keine Streitigkeit der zweiten Abteilung darf ohne Zustimmung des Präsidenten dem Gerichtshof unterbreitet werden, wenn nicht der Registratur beigelegt ist, daß die betreffende Organisation ihre Zustimmung zur Unterbreitung gebührend ertheilt hat. Eine Streitigkeit gehört in die dritte Abteilung, wenn der Registratur ein Zeugnis ausstellt, wonach sie über die Grenzen eines Einzelstaates hinausreicht; der Gerichtshof hat das Recht, die Behandlung eines Falles durch eine einzelstaatliche Gewerbebehörde zu unterbrechen und selbst zu erledigen. Er kann aber auch jede Streitigkeit abwickeln oder deren Behandlung abbrechen, wenn sich ergibt, daß die Streitigkeit unbedeutend oder durch eine einzelstaatliche Instanz behandelt worden, in Behandlung stehend oder behandelbar ist, oder daß das öffentliche Interesse die Behandlung nicht nötig oder wünschbar macht. Für Zwecke des Gesetzes wird angenommen, daß Gerichtshof und Behörden eines Einzelstaates, deren Kompetenz örtlich, sachlich oder persönlich beschränkt ist, für den ganzen Staat kompetent sind.

(Fortschreibung folgt.)

## Hon den Aktiengesellschaften in der Textilindustrie.

### Grevener Baumwollspinnerei, A.-G., in Grevener.

Die Jahresrechnung weist einschließlich des Vortrags einen Rohüberbruch von 428 545 M. (422 471 M.) aus; davon erforderlich die Betriebskosten 187 082 M. (183 492 M.), die Handlungsuntkosten 41 412 M. (37 707 M.) und die Zinsen 5285 M. (8024 M.), sodass nach 79 787 M. (78 950 M.) Brüderungen ein Reingewinn von 124 995 M. (144 297 M.) zu folgender Verwendung verbriebe: Rücklage 7500 M. (wie im Vorjahr), 10% (12%) Dividende gleich 100 000 M. (120 000 M.) Gewinnanteile 9471 M. (12 162 M.) und Vortrag 8023 M. (i. B. 4035 M.). Bei einem Grundkapital von 1 000 000 M. stehen die Maschinen mit 536 100 M. (563 476 M.), die Gebäude mit 57 000 M. (458 582 M.) und die Grundstücke mit 90 000 M. zu Buch. Die Rauenvorräte wurden mit 233 524 M. (i. B. 241 476 M.) bewertet. Zu Bar waren 22 686 M. (7627 M.) und in Wechseln 84 361 M. (i. B. 83 929 M.) vorhanden. Währung bei Schuldnern 364 082 M. (463 148 M.) aufstanden, hatten Gläubiger 574 461 M. (703 037 M.) zu fordern.

### Baumwollspinnerei Nerdingen in Nerdingen.

Nach dem Geschäftsbuch betrug die Gewinnstellung im Jahre 1905 in 20er engl. 3 112 068 Pf. i. B. 2 751 582 Pf., der Warenertrag einschließlich Vortrag 2 066 476 M. (2 118 244 M.), wovon Betriebskosten 1 904 339 M. (1 960 938 M.) erforderlich waren. Nach 61 175 M. (55 862 M.) Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 100 912 M. (101 442 M.). Davon gehen 5045 M. (5072 M.) an die Rücklage, 5000 M. an den Sicherungsbestand, 10 866 M. (20 945 M.) als Vortrag auf neue Rechnung, während die Aktionäre 8% (wie i. B.) Dividende erhalten. Die ganze geplante Vergroßerung des Betriebes ist noch im Jahre 1905 durchgeführt worden, wodurch die Spinnerei in den Stand gesetzt wurde, aus der günstigen Geschäftslage den richtigen Vortrag zu ziehen.

### Tuchfabrik Macht in Macht.

Nach dem in der am 17. Februar abgehaltenen Generalversammlung genehmigten Geschäftsbuch hat sich das Geschäftsjahr 1905 für das Unternehmen befriedigend gestaltet, da sich die Fabrikate einer regen Nachfrage erfreuten. Der Reingewinn beläuft sich nach reichlichen Abschreibungen auf 126 580 M., wozu der Gewinnvortrag aus 1904 19 010 M., so dass ein Überschuss von 145 590 M. vorhanden ist. Nach dem Beschluss der Generalversammlung wird hieraus eine Dividende von 6 Proz. verteilt, sowie dem Reservefonds 50 000 M. zugeführt, womit der selbe die volle gesetzliche Höhe von 100 000 M. erreicht hat. Nach Abzug der Gewinnanteile verbleibt ein Betrag von 15 590 M., der auf neue Rechnung vorgetragen wird. Das neue Geschäftsjahr lässt sich zufriedenstellend an, da die Fabrik noch auf längere Zeit hinaus mit Aufträgen versehen ist.

### Kammgarnspinnerei Kaiserslautern in Kaiserslautern.

Die Jahresrechnung für 1905 schließt mit einem Rohgewinn von 1 087 053 M. (995 996 M.) ab. Nach Abzug von 161 155 M. (156 406 M.) Abschreibungen und von 319 008 M. (313 510 M.) Zinsen, Storni und laufenden Verbindlichkeiten verbleibt ein Reingewinn von 606 888 M. (491 524 M.), woraus eine Dividende von 10 Proz. (8 Proz.) verteilt wird. In der Vermögensübersicht wird bei einem Grundkapital von 3 680 000 die Gesamtanlage mit 3 106 525 M. (3 280 378 M.) aufgeführt. Die Vorräte an Rohstoffen und Erzeugnissen wurden mit 4 014 501 M. (3 477 076 M.) bewertet. In Bar und Wechseln waren 76 606 M. (72 973 M.) vorhanden. Während bei Schuldnern 2 090 359 M. (1 888 001 M.) aufstanden, hatten Gläubiger 2 509 307 M. (2 303 171 M.) zu fordern. Außerdem war die Gesellschaft aus 1 025 153 M. (814 469 M.) Einlagen verpflichtet.

### Aktiengesellschaft für Bleicherei, Färberie und Appretur Augsburg vorm. Heinrich Prinz nach. in Augsburg.

Die Erwartungen hinsichtlich einer Besserung des Geschäftsganges des Unternehmens sind im vergangenen Geschäftsjahr größtenteils in Erfüllung gegangen. Die Spezialitäten der Gesellschaft finden fortwährend guten Entfang und sind in stetiger Zunahme begriffen. Zur Verfügung der Generalversammlung stehen einschließlich 14 434 M. (20 716 M.) Vortrag und 85 405 M. Abschreibung für Amortisation, 187 808 M. (162 200 M.) Es sollen hieraus 6 Proz. (wie i. B.) Dividende verteilt, 30 000 M. (15 000 M.) zu außerordentlichen Abschreibungen verwendet und 22 209 M. vorgetragen werden. Die Gesellschaft besitzt ein Aktienkapital von 2 Millionen M. bei einem Obligationen-Umlauf von 374 260 M. und schuldet ferner an Darlehen 300 000. Immobilien stehen mit 909 663 M. (882 341 M.) zur Verfügung mit 2057 422 M. (1949 214 M.) zu Buch,

denen am Amortisation 520 801 M. (428 395 M.) gegenüberstehen. Vorräte einschließlich Materialien und Utensilien werden mit 452 577 M. (398 295 M.) ausgewiesen. Debitor, zusammengefaßt mit Kassabestand, Wechseln und Rentabilität, 601 345 M. (425 399 M.) vorgegen Kreditoren bis 778 M. (306 907 M.) zu fordern hatten. Die Reisekosten für das laufende Jahr werden als nicht ungünstig, die Eingänge in besseren Artikeln, als eher größer als im Vorjahr bezeichnet.

## Gewerkschaftliche u. soziale Rundschau.

### Entschädigungspflicht der Berufsgenossenschaften für Unfälle infolge von Reckereien.

Wiederholt hatten die zuständigen Behörden darüber zu entscheiden, ob und inwieweit denjenigen Unfällen, welche auf eine Reckerei zurückzuführen sind, der Charakter eines Betriebsunfalls zuzusprechen, d. h. ob dafür Unfallentschädigung zu zahlen ist oder nicht. In derartigen Fällen ist der Gerichtshof genötigt, in Untersuchungen darüber einzutreten, ob die Verleihungen des Verunglücks in irgendwelchem ursächlichen Zusammenhang mit dem Fabrikbetriebe steht. trifft dies zu, so kann natürlich die Rente bezw. die Unfallentschädigung nicht versagt werden. Erwägungen dieser Art hatte auch das sächsische Landesversicherung in einem Falle anzustellen, über dem es eine Entscheidung zu füllen hatte. Ein in einem großen Fabrikbetrieb tätiger junger Mensch, der geistig etwas beschränkt ist, stieg in der Werkspause die Treppe des Fabrikgebäudes hinunter, um in die Räume des dritten Stockwerks zu gelangen. Unterwegs stieß er, wie er behauptet, verschont einen vor ihm gehenden Arbeitskollegen an, dieser sah die Sache falsch auf und schwangte sich mit einem so kräftigen Gegenstoß, daß der letztere zu Fall kam und einen Bruch des linken Ellenbogengelenks davontrug. Berufsgenossenschaft und Schiedsgericht lehnten den Entschädigungsanspruch ab, da sie der Meinung waren, hier liege kein Betriebsunfall vor, denn der Kläger sei lediglich bei einer Reckerei, die mit dem Betriebe selbst gar nichts zu tun habe, zu Schaden gekommen. Einen anderen Standpunkt nahm jedoch das sächsische Landesversicherungssamt ein, das den geltend gemachten Schadenserlassanspruch für berechtigt anerkannte. Nach den getroffenen Feststellungen lasse sich nicht annehmen, daß der Kläger seinen Arbeitsgenossen unwillig angrempelt habe, vielmehr spreche die überwiegende Wahrscheinlichkeit dafür, daß er ihn nur aus Versehen angegriffen hat, und daß dieser, weil er es falsch ansieht, den Stoß erwiderte und den Kläger zu Fall brachte. Mag der Kläger daher auch prob-fahrlässig gehandelt haben, so schlägt doch diese Verschuldung den Zusammenhang des Unfalls mit dem Fabrikbetriebe nicht aus, im Gegenteil hat der Zusammenspiel zwischen dem Kläger und seinem Arbeitskollegen seine hauptsächliche Ursache im Betriebe. Dieser brachte es mit sich, daß um dieselbe Zeit, zur Werkspause, eine größere Anzahl von Menschen sich gleichzeitig auf der Treppe befand und eilig dem dritten Stockwerk zutrete, um dort zu verkehren. Die Anhäufung sich eilig fortbewegender Menschen, und zwar im engen Raum, bildete zweifellos eine Gefahrenquelle, inssofern sie ein Aneinanderstoßen der selben begünstigte. Wird der Stoß, der ein Arbeiter bei einer solchen Gelegenheit von einem Arbeitsgenossen verhängtlich empfunden, mit einem Gegenstoß erwiedert, so liegt der letztere als eine nahe liegende und natürliche Vergeltung des erschütterten Stoßes nicht außerhalb des Rahmens des Fabrikbetriebes, und deshalb steht auch die hierbei dem andern zugefügte Verleihung in ursächlichem Zusammenhang mit dem Fabrikbetriebe. Demnach war der geltend gemachte Schadenserlassanspruch berechtigt.

### Quellrohstoff aus dem Jungbrunnen

bringt die sozialdemokratische "Bergarbeiterzeitung" vom 19. Mai. Im Kampf gegen die christlich-ultramontan-antisemitisch-Stöderische Gesellschaft braucht das Volk in dieser Nummer u. a. folgende Worte: "Geschäftsführer, Subjekte, christliches Missionsgebäude, Brunnentypen, verwohlöste Subjekte, Schnitzbombe, feige Verleumder, heimtückische Schufte, Lügenbeute, alte Lügen, Krankes Hirn, zusammengeknüpfte, vollverwüstende Brunnengräber, Schmach-Schande, giftgeschwollener Volksverderber, nichts-würdiges Subjekt." So wirkt die "Bergarbeiterzeitung" für die Einigkeit unter den Bergleuten!

### Lochbewegungen und Arbeitsfreiheit.

#### Euskirchen.

Im April fanden sich die Arbeiterausschüsse der hiesigen Textilfabriken zusammen, um über eine allgemeine Lohnaufzuführung in den Betrieben zu beraten. Man einigte sich auf folgende Forderungen:

Für Weber pro 100 Stränge mehr 10 Pf. Für Kettenstricker bis 2700 Fäden, 38 Meter Länge, 60 Pf.

Alle nicht vorgesehenen Arbeiten sollten der Berichterstattung zwischen dem Arbeitgeber und Arbeiterausschuß bei Fortsetzung des Lohntarifs unterliegen. Bei schlechten Ketten, Vorrichten, Aufbäumen, Rahmenaufhängen, Warten auf Ketten und Spulen, Reparaturen und Maschinenschäden pro Stunde 35 Pf. Antröten pro 100 Fäden bei Wollketten 5 Pf., bei Bereitstellungen Baumwoll- und Glanzwollketten pro 100 Fäden 8 Pf.

Diese Forderungen wurden den Fabrikanten von den Ausschüssen unterbreitet. Ein Teil der Arbeitgeber war mit den Forderungen einverstanden, außerlichen Änderungen, die andern erklärten, wenn alle die Lohnaufzuführungen anerkannten, würden sie nicht zurückstehen.

Einige Tage nachher erhielten die Herren Pastor als stellvertretender Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes der Textilindustrie in Aachen und dessen Sekretär, Herr Müller. Wir können nicht behaupten, daß diese Herren nach Euskirchen kamen, um die hiesigen Arbeitgeber, welche gewillt waren, eine Lohnaufzuführung einzutreten, darum abzubringen. Aber Tatsache ist, daß die Arbeitgeber kurz darauf erklärten, die Forderungen ablehnen zu müssen. Am 22. März hatten die Arbeitgeber eine allgemeine Arbeitsordnung herausgegeben, welche am 1. Mai in Kraft treten sollte. Gegen diese Fabrikordnung erhoben die Arbeitgeber Protest. Nun wurde von den Arbeitgebern wieder eine neue ausgearbeitet. Die Belegschaft der Firma Schiffmann u. Kleinerz reichte nun am 19. Mai die Kündigung ein, weil die Firma sich weigerte, die Löhne aufzuhöhen und den Ausschuss anzuerkennen.

Eine Vermittelung der beiden Verbandsvertreter beim Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes und der Firma hatte keinen Erfolg. Herr Schiffmann, Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes, versprach, da der nächsten Sitzung dafür einzutreten, daß eine Kommission aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern eingesetzt würde, die über die vorliegenden Streitigkeiten verhandeln sollte. Dieser Antrag ist wahrscheinlich nicht angenommen worden, da den Organisationsvertretern nichts in der Sache mitgeteilt worden ist.

Eine Sitzung der Ausschüsse vom 1. Juni, die sich mit der Sache befaßte, beschloß, daß die Verbandsvertreter den Herrn Bürgermeister von Euskirchen ersuchen sollten, die Vermittelung zwischen den streitenden Parteien zu übernehmen. Die Arbeitgeber haben bereits mit einer allgemeinen Aussperrung gedroht, welche sich über den linksrheinischen Bezirk erstreckt soll. Der Durchschnittsverband für die Weber beträgt pro Woche M. 18,16. Der Taglohn für die Appreturarbeiter und Tagelöhner schwankt zwischen M. 2,67 und M. 2,81.

Bei den heutigen ten Lebensverhältnissen kann man die Forderungen der Arbeiter nur als gerecht bezeichnen, insbesondere, weil, wie uns aus glaubwürdiger Quelle mitgeteilt wurde, der Preis für Militärtäte ganz bedeutend steigen wird. Aber selbst wenn dieses letztere nicht zutrifft, kann man dem Arbeiter kein Unrecht geben, wenn er für seine Arbeit soviel verlangt, daß er davon notdürftig leben kann.

Wir hoffen, daß es dem Herrn Bürgermeister gelingen wird, die Streitfrage friedlich zu lösen, damit ein enormer Schaden, "der nicht allein die Arbeiter, sondern ganz besonders auch die Bürger treffen würde", für Euskirchen nicht eintrete. Die Firma Schiffmann und Kleinerz hat etliche Kleinleute zugegeben, welche jedoch unbedeutend sind.

Organisiert sind von den Streitenden, 37 im deutschen, 14 im christlichen und 1 im protestantischen Verband.

## Aus dem Verbandsgebiete.

**Coesfeld.** Aus Anlaß der Beendigung der Differenzen bei der Firma Herwig, Bach, Boncamp, hielt unsere Or

**Fulda.** Der größte Feind des Arbeiters ist der Arbeiter selbst.

Da auch noch in anderen Betrieben von einzelnen "Auch" Kollegen und "Auch" Kolleginnen in oben beschriebener Weise gehandelt wird, werden wir in Zukunft nicht umhin können, solche Vorlommisse ausführlich und mit Nennung der Namen vor der breiten Öffentlichkeit ins rechte Licht zu stellen.

**Fulda.** Unsere Ortsgruppe hielt am 31. Mai ihre Monatsversammlung ab, welche sich eines guten Besuches erfreute. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1) Lohnbewegung der ver-einigten Schuhstofffabriken und Filzfabrik A. G., 2) soziale Gewerkschaftsverhältnisse. Anwesend war der Generalvorsitzende Schäfer, welcher die im April eingereichten Lohnforderungen durch Vorstellungsvorwerben bei den betreffenden Firmen zum Abschluß brachte. Derselbe schilderte den Lauf der Verhandlungen, als plötzlich ein gewisser, in Fulda bekannter sozialdemokratischer Großschuhmacher mit einigen "Genossen" den Saal betrat. Der Vorsitzende machte sie darauf aufmerksam, daß hier nur eine Mitgliederversammlung des christlichen Textilarbeiterverbandes sei und verweist ihnen das Lokal. Erst als Generalvorsitzender Schäfer drohte, falls sie nicht das Lokal augenblicklich räumten, würden sie wegen Haussiedlungsbuch belangen, traten sie ab. Auch hatte sich der Gauleiter des "freien" Textilarbeiterverbandes eingefunden, trotzdem derselbe kein einziges Mitglied seines Verbandes hier in Fulda aufweisen kann. Auch diesem wurde von Kollegen Schäfer eine gehörige Version erteilt. Darauf verließen sie unter dem Gelächter der Versammlung den Saal. Wir hatten es auch nicht nötig, die Ruten hier zu dulden, da sie sich auch nicht sehr ließen, als wir die Lohnforderungen aussetzten. Erst dann konnte die Versammlung ihren Fortgang nehmen. Die Verhandlungen des Generalvorsitzenden Schäfer mit den betreffenden Firmen hatte folgendes Resultat: Die Filzfabrik bewilligte eine Lohnherhöhung von 5—10% und eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung. Die vereinigte Schuhstofffabrik wollte anfangs nichts bewilligen, angeblich wegen der Konkurrenz, hauptsächlich in Schlesien und Württemberg. Kollege Schäfer brachte es doch noch fertig, eine Lohnaufsteigerung von 5% für sämtliche Weber und Tagelöhner zu erzielen, mit Ausnahme der Spulerinnen, welche einige Tage vorher ihre Forderungen zum Abschluß brachten. Kollege Seil dankte dem Generalvorsitzenden für seine Vermittlungen und empfahl, das Ereichte anzunehmen. Kollege Schäfer schlug der Versammlung vor, einen monatlichen Extrabeitrag von 10 Pf. pro Mitglied und 10 M. aus der Ortsgruppenkasse für den gemeinsamen Lokalbeamten Anton Höder zu zahlen. Darauf wurde folgende Resolution angenommen:

"Die Versammlung erklärt sich mit den durch den christlichen Textilarbeiterverband erreichten Verbesserungen einverstanden, und die Mitglieder versprechen, in Zukunft nicht nur der Organisation treu zu bleiben, sondern auch mit Eifer und Opferwilligkeit sich in den Dienst der christlichen Gewerkschaft zu stellen. — Die Versammlung bezeichnet ferner, daß die Mitglieder des christlichen Textilarbeiterverbandes in Fulda einen monatlichen Extrabeitrag von 10 Pf. als Beitrag für den gemeinsamen Kastellbeamten entrichten". Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Kollege Seil sprach über die Mülligkeit der Kollegen in der Filzfabrik, welche es nicht einmal nötig halten, bei dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen. In demselben Sinne sprachen die Kollegen Maul und Lohmann. Nachdem Kollege Schäfer noch einige ermunternde Worte an die Versammlung gerichtet, wurde dieselbe mit einem Hoch auf die christlichen Gewerkschaften geschlossen.

**M. Gladbach.** Vor einiger Zeit stellten in einer Fabrikversammlung der Firma Hoerter und Heinrichs die eine Zusammensetzung bildenden "freien" Gewerkschaften den Antrag, an den katholischen Feiertagen, die bisher frei waren, zu arbeiten. Wir christlichen Gewerkschafter waren natürlich dagegen und machten geltend, daß ein solcher Antrag nur von der Gewerkschaftsgemeinschaft zum Beurtheil ergreifen werden könnte. Darauf meinte der Antragsteller: bei anderen Fabriken brauchen darüber nicht mit abzählen. Der Antrag wurde infolgedessen von der Mehrheit angenommen. In einer zwei Tage später von uns einberufenen Versammlung, welche von allen Arbeitern und Arbeitertinnen besucht war, wurde der Antrag einstimmig abgelehnt, nachdem die "freien" geschlossen das Votum angenommen hatten.

Durch das vorgerückte Heften der Freien in den Versammlungen haben wir uns veranlaßt, unsere Versammlungen allein abzuhalten. Als das Auschlußmitglied unseres Verbandes diejenigen Beschlüsse den beiden Auschlußmitgliedern des "freien" Verbandes mitteilte, da legte ein "Freier": "Sehr Ihr keine Versammlungen mit uns halten, dann werden wir für Euch nicht mehr vorstellen." Wir nahmen diese Anerkennung zuerst nicht ernst, weil wir einen jungen Arbeitervorstand seitens der "freien" Auschlußmitglieder, die nebenbei bemerkt, eine führende Rolle im "deutschen" Verband bekleideten, nicht für möglich hielten. Bald wurden wir aber eines anderen belehrt.

In verschiedenen Städten, u. a. an denen der "freien" Auschlußmitglieder, wurde eine Anerkennung gemacht, insofern die Arbeitern nach Ansicht des Gen. Geisel 50 bis 60 Pf. pro Tag weniger verdienen. Dazu kam noch eine kleine jährliche Spende. Die "freien" ertragen alles mit bewundernswürdiger Geduld. Selbst Gewissheit, daß, wenn er als Vertreter des "freien" Verbandes in Fabrikversammlungen erscheint, wo sein Vorwand in der Kündigung ist, nicht genug Forderungen stellen kann, fand bis dato kein Wider der Freien. Als nun unsere Mitglieder an den Auschluß herantrafen, war das Auschlußmitglied von unserem Verband sofort bereit, vorzeitig zu werden. Die "freien" Auschlußmitglieder aber erklärten: "Wir gehen nicht zum Konsistor, weil Ihr keine Versammlungen mit uns abhalten."

Das Auschlußmitglied unseres Verbandes wurde denn auch allein vorzeitig und erreichte, daß die schlechten Spesen zurückgewährt werden konnten. Nunmehr werden unsere Gladbachser "Gewissheit" wohl auch nach dem Konsistor ihrer Sozialisten Brüder erklären: "Wenn Ihr keine Versammlungen mit uns halten, dann werden wir, Streitbrecher". Die Arbeitnehmer können aus dem Vorjahr ebenfalls erscheinen, wo ihre Interessen einfach vertreten werden. Daraus kommt in den Centralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands!

**M. Gladbach.** Für die Mitglieder der an die Oberst-Fabrikations eingeschlossenen Ortsgruppen fin-

det am 24. Juni, morgens 10½ Uhr, bei Victor Heinrichs eine Versammlung statt.

Wegen der wichtigen Tagesordnung ist vollzähliges Erscheinen dringend erforderlich.

**Gronau.** Eine Gemeinschaft mit den Bauhandwerkern hatten wir am 4. Juni eine Zusammenkunft arrangiert. Etwa 150 Arbeiter waren erschienen, ein Beweis, daß auch in Gronau die christlich-nationalen Arbeiterbewegung immer mehr Tertium gewinnt. Victor Bocholt sprach die Notwendigkeit und Bedeutung der christlichen Organisationen. Wir machten eine schöne Anzahl Neunaufnahmen, ebenso die Bauhandwerker. Dieser Verband hat es in seinem dreihundigsten Besuches hierzu 90 Mitglieder gebracht; wir zählten heute etwa 120 Mitglieder. Wenn man betrachtet, daß diese Mitglieder durch eine selle, geäußerte Agitation gewonnen werden mußten, dann ist der Erfolg schon ziemlich hoch anzuschlagen. Wenn irgendwo die Arbeitnehmer schlechte Arbeitsbedingungen zu klagen haben, dann hier in Gronau. 2—2,50 M. ist der gewöhnliche Tagesverdienst. Wie überall, haben auch hier wichtige Spinner oder Weber ein höheres Einkommen. Aber die angegebenen Lohnsätze bilben doch die Regel. Dabei sind die Lebensmittel so teuer wie an anderen Städten. Vor Sperrung der Grenze liegen täglich Hunderte zum nähen Holland, um den Bedarf an Waren zu decken. Der Grenzverkehr ist aufgehoben, die Löhne sind nicht gefixiert.

Die Arbeitszeit beträgt in Gronau 11 Stunden. Durch ganz Deutschland geht eine Bewegung für den Gehrfreistundentag; in vielen Städten ist er schon eingeführt, hier zeigt sich kein Antheil für eine Verkürzung der Arbeitszeit. Die einfließende Mittagspause gibt nicht genügend Zeit, in Ruhe, wie es die Gewinnung des Arbeiters verlangt, die Mahlzeit einzunehmen. Nach abgespannt vom schnellen Laufen wird in aller Hast die heiße Mittagsloft eingenommen, um gleich wieder an die Arbeit zu gehen. Wie kann sie so dem Arbeiter die Kraft geben, die er zur Erhaltung seiner Gesundheit und Arbeitsfähigkeit notwendig hat?

Wie, so familiäre holländischen Arbeiter, bringen morgens das Essen für den ganzen Tag mit. Ist haben sie in einem nicht immer ganz sauberen Tafelbüchlein ein großes Paket Butterbrot, davon leben sie dann den ganzen Tag, nur abends gibt etwas Warmes. Proletarien leben! Von vielen Arbeitern wird aus der 11-stündigen Arbeitszeit eine 11½- oder gar 12-stündige gemacht. Mittags wird eben in 5 oder 10 Minuten das Essen eingenommen und dann wieder geschäftigt. Wenn diese Arbeiter doch eilen wollten, daß sie und die übrigen Arbeiter dadurch nur Nachteil, der Unternehmung allein nutzen hat. Dazu werden in einigen Betrieben jedesmal die Minuten 15—20 Minuten vor der Zeit angelegt. Der pünktlich 12 Uhr kommt, ist schlecht angebrückt. Im Betriebe hängt zu jedermann Einsichtnahme eine Tasche mit den Namen der Arbeiter und dem Vermieter, wie viel Gewinn er verarbeitet hat. So wird vor allen Arbeitern derjenige gebrandmarkt, der am wenigsten gefon hat. Das treibt den Arbeiter an, seine Arbeitszeit bis aufs Äußerste auszunutzen. Was kommt, daß er in den letzten Jahren einem langjährigen Siechtum verfällt? Wenn nur produziert wird. Und wie ist mitunter die Behandlung von seiten der Meister oder junger Angestellten? Gibt da vorige Woche ein 16-jähriger Angestellter zu einem Meister und bittet um Lohnherhöhung. Ganz schächerhaft bringt der Junge keinen Wunsch vor und was passiert? Er wird von zwei Meistern geplatzt, gründlich verhöhnt und dann auf die Straße gesetzt. Andern Tags bittet er um seine Papiere, aber die werden ihm verweigert. Sollte man berichtigtes in unserer Zeit überhaupt noch für möglich halten? Die Sache wird dem Gericht übergeben werden. Achselische Sätze könnten mehrere gebracht werden. Genüg' mir unter den Meistern auch einige, die in ehrlicher, gerechter Art für die Arbeiter bestehen.

Stets geradete Unglaubliches tut sich vor einem auf, wenn er erst in die Grammelschäfer-Gewerkschaft hineinblickt. Gewöhnliche Lohnarbeiter als Grammelschäfer-Pioniere kann man mit dem besten Willen nirgends finden, aber ich mindestens nur ganz vereinzelt. Nicht genug damit, daß man nur das leistet, wo man gefestigt verblieben ist, nein, auch dieses noch wird den Arbeitern in vieler Hinsicht vorenthalten. Wöhrgremienunterstützung wird minuter gar nicht gewährt oder die Abnehmer wird, wie es vielleicht uns ist, mit einer ganz niedrigen Summe abgefunden. Das erhöhte Grammelschäfer bei Unfallkranken (von 29. Tage ab. D. R.) ist ziemlich unabsehbar. Das steht der freiliegenden Arbeitersicherung ist mehr als 100 Kollegen einfach verweigert worden. Das in einigen Betrieben in 3—5 Jahren kein Generalversammlung der Freien mehr gehalten, ist durch etwas Karl. Nach dem Vorgehenden nicht mehr. D. R. Wer kommt noch darum? Die Arbeiter leicht kennen ihre Rechte nicht oder wagen sie nicht wahrzunehmen. Es steht die gewerkschaftliche Organisation, die Karl macht und Aufklärung bringt. Ob die Arbeiter von Gronau endlich zur Einsicht gekommen sind? Wohl Ihnen es ja. Es geht weiter, unerschöpflich an dem Ziel entgegen. Wir werden unermüdlich arbeiten an unseren großen Aufgaben. Schon bricht das Morgenrot der befreiten Grammelschäfer durch den dünnen Schleier der Vorhänge und des Judenreichs; wohl ist es noch erst ein bloßes Schleier, aber es wird sich entfalten zum hellen Schein, der Zeugnis gibt von der gewaltigen Kraft einer organisierten Arbeiterschaft.

**Großen.** In unserer Versammlung am 4. Juni erhielt wir zunächst das Ansehen unserer verfeindeten Kollegen Trompert durch Schreiben von den Sizien. Der Schriftführer erinnerte daran: Bericht über die fortlaufenden statütischen Erhebungen und bediente die jüngste Bezeichnung. Darauf hielt Arbeiterschafft-Volle einen Vortrag über die Entwicklung der Volkswirtschaft. Da die Zeit ihm ziemlich vorgezeichnet war, wurde von einer Direktion Abstand genommen. Der Vorsitzende schloß dann, während er noch darum ansprach, genüßt hatte, daß am 17. Juni unser Generalvorsitzender Schäfer in einer öffentlichen Versammlung hier einen Vortrag über die englische Studienreise halten werde, und die Mitglieder gebeten hätte, recht eifrig dafür zu agieren, mit dem Dank an den Referenten die Versammlung.

**Göppingen.** Es darf den Kollegen bekannt sein, daß am heutigen Tag eine Schwäche im Gange ist. Die jugenddemokratische Textilarbeiter von Göppingen hat vor einigen Tagen an die Arbeitgeber Forderungen erzeugt, die sich in der Hoffnung auf Erhöhung des Gehalts um 15%, Verkürzung der Arbeitszeit um Sonntags, Freigabe des 1. Mai, Zeitzugang eines Tarifvertrages mit dem "freien" Verband usw. usw. beziehen. Die jugendlichen Kollegen wurden bei diesem Bericht nicht verzeichnet, jedenfalls, denn die Gewerkschaftsleitung "Gewerkschaft" treiben immer. Daß die Gewerkschaft in ihrer Beziehung großartiges leistet, das ist inzwischen der 1. Juni im "Dienstag" aufgeführtes Arbeiterversammlung der Freien Beweis. Von Greifenseberg sollte zu den angeführten Forderungen referieren, allein ihr Referat war mehr eine neue politische Rede gegen die bestehende Gewerkschaftsordnung, als eine gründliche Unterstützung in den vorliegenden Fragen. Ein jugendlicher Texte behauptete die Gewerkschaft: "Die freien Gewerkschaften sollen nichts anderes als die wichtigsten Interessen der Arbeiterschaft vertreten". Ein älterer stellte die Gewerkschaft noch andere Forderungen auf, die keineswegs bewiesen sind.

Auf dem Bericht erläuterten sich einige jugendlich organisierte Kollegen, Jungblätter auszuziehen, um den Versammlungsstein zu den rechten Weg zur Organisation zu zeigen. Da war aber große An-

regung im rechten Lager. Mit allen möglichen Titeln wurde die "Brüderlichkeit" zum Ausdruck gebracht. Einige Gewissheit schrien, "wir sind nicht christlich". Ein Teil der Arbeitnehmer erklärte, daß sie den christlichen Verbänden beitreten würden. Der Vorsitzende der Versammlung glaubte auch seine geistige Bildung zeigen zu müssen, er konnte jedoch nichts als auf die Christlichen schimpfen. Als der christliche Redner in der Diskussion auf die Behandlung der Punkte Maister, Tarifvertrag näher eingehen wollte, wurde ihm einfach das Wort entzogen. Die Feuerwehrmaske konnte noch zur rechten Zeit heruntergezogen werden, was Frau Greifenseberg veranlaßte, Farbe zu bekennen. Die freien Gewerkschaften sind Rekrutenmärkte der "Sozialdemokratie", das war ihr Schlachtwort. Die nichtsozialdemokratischen Textilarbeiter und -Arbeiterinnen werden sich dies merken; ihr Platz muß im christlichen Verband sein. Im übrigen hat die Versammlung ganz deutlich gezeigt, wohin der Zug führt. Mit unermüdlicher Tätigkeit wollen wir für unsere Organisation arbeiten, das ist die beste Antwort auf das brutale Vorgehen des Textilarbeiterverbandes. Letztere können dann Rekruten ausbilden für die Sozialdemokratie, wir aber werden die Interessen der Kollegen und Kolleginnen vertreten. Ihr Göppinger Textilarbeiter und -Arbeiterinnen werden sich dies merken.

**Günzburg.** Die Ortsgruppe Günzburg wurde am 11. Februar laufenden Jahres durch den Bezirksvorstand Stried-L-Augsburg gegründet und zählte dieselbe an diesem Datum 40 Mitglieder verschiedener Gewerbe.

Eine am 11. März abgehaltene öffentliche Versammlung, zu welcher außer dem Bezirksvorstand auch Gewerkschaftssekretär Geier aus Fulda sowie der Bezirksvorstand der freien Gewerkschaft, Deßner aus Augsburg, erschienen waren, brachte der Ortsgruppe einen weiteren Zusatz von 13 Mitgliedern, befreit war diese Versammlung von circa 250 Personen. Der Erfolg dieser Versammlung war, daß nun endgültig die christliche Gewerkschaft festen Boden fand. Zugleich wurde beschlossen, auf den 1. April eine ordentliche Generalversammlung einzurichten, bei welcher die mit der Textilarbeiterbranche gehörenden Arbeiter für sich eine Zuhörergruppe gründen könnten. Zu diesem Zweck war außer dem Bezirksvorstand Stried auch ein Referent der christlichen Holzarbeiter aus Ulm erschienen. Die Ortsgruppe zählte nun noch Abstimmung der Holzarbeiter 40 Mitglieder, zu welchen sich auf der Versammlung weitere acht Mitglieder gesellten.

Eine weitere Versammlung wurde am 22. April in Wasserburg abgehalten, zu welcher ebenfalls Bezirksvorstand Stried erschienen war. Der Erfolg war ein vierfaches: Geier als Sekretär brachte der Versammlung einen weiteren Zusatz von 250 Arbeitern, befreit war diese Versammlung von circa 250 Personen. Der Erfolg dieser Versammlung war, daß nun endgültig die christliche Gewerkschaft, reicher Beifall lohnte dem Redner für seine Mühe. An der Diskussion beteiligte sich der Vorsitzende der christlichen Metallarbeiter, desselbe sprach über das rücksichtlose Benehmen der "freien" Gewerkschaften. Kollege Pscherer sprach über verdeckte Sparanstalten der Industriellen. Kollege Karl Greger über den Nutzen der Gewerkschaft. Trotz des geringen Besuches konnten 7 Aufnahmen gemacht werden.

Vor dem am Sonntag, den 20. Mai im nahen Walbershof abgehaltenen Versammlung waren circa 400 Personen anwesend. Nachdem der Vorsitzende Donat Pscherer die Versammlung eröffnet hatte, nahm der Referent Kollege Geier das Wort, welcher sich in einer ¾-stündigen Rede über die Notwendigkeit und den Nutzen der Organisation vertrieb. An der Diskussion beteiligte sich Herr Kooperator Branner aus Walbershof. Derselbe legte die hiesigen Lohnverhältnisse durch eine statistische Zusammenstellung klar und forderte die Anwesenden auf, der Organisation beizutreten. Zum Schlus beklagte er noch, daß die Arbeiterinnen so wenig vertreten waren. Wir hatten 8 Neu-Aufnahmen zu verzeichnen.

**Süchteln.** Am 7. Juni fand hier eine Besprechung der Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner statt, um einen Austausch über die Verhältnisse in Süchteln zu halten. Zur Sitzung wurden die Gewerkschaften einzehend besprochen und festgestellt, daß die Ortsgruppe Süchteln an dieser Ausschaltung unseres Verbandes ebenfalls Anteil hat, ist dieselbe doch in zwar langsam aber stetem Steigen begriffen. Um nun dieses Steigen möglichst noch zu fördern, wurde beschlossen, am Sonntag, den 24. Juni, nachmittags 1½ Uhr, im Saale des Herrn Wilhelm Kempfes eine Mitgliederversammlung abzuhalten, mit der Tagesordnung: "Die Vorgänge in letzter Zeit". Der Vorstand gibt sich der angenehmen Hoffnung hin, daß die Mitglieder der Ortsgruppe, soweit sie nicht dringend verhindert sind, erscheinen werden. Anreden, wie z. B. "Och, et ob mich de läufig", oder "ech gon lieber spaziere", oder "wat soll och dooun", können unmöglich als begründete Entschuldigung gelten. Die Versammlung ist wichtig, verjämme deshalb keiner zu kommen!

es gibt hier viele verheiratete organisierte Kollegen, welche erwachsene Söhne und Töchter haben, die in der Fabrik arbeiten, aber der Organisation noch fernstehen. Diese Kollegen rufen wir zu: Du, organisierte Kollege, ist es bloß genug, daß deine Kinder Anteil haben an dem Errungenen, daß sie bessere Lohnbedingungen haben wie du, daß sie dir alle 14 Tage das mehr verdiente Geld nach Hause bringen? Dabei gibt es noch sehr viele Kollegen, welche vor 4—5 Jahren noch schimpften und weiteren über diejenigen, welche ihre Kinder vom Verband fernhielten, aber seitdem sie selbst erwachsenen Kinder haben, sind sie verstimmt, und warum? Nun, weil es sonst Geld kostet. Ich hoffe, wenn Ihr dieses Schreiber habt, werdet Ihr, wie es schon lange getan habe, Eure Kinder dem Verband zuführen. Ein Vater, dem das Wohl seiner Kinder am Herzen liegt, hat keine Ausreden, wenn es gilt, etwas nützliches und zweckmäßiges zum Wohle seiner Kinder zu fördern. Schreiber dieses ist selbst Vater einer sehr zahlreichen Familie und hat dieserhalben einen schweren Kampf ums Dasein zu führen, aber trotzdem sind seine drei Leute organisiert, und sobald wieder eins das nötige Alter erreicht hat, muß es in die Organisation hinein. Darum unterlass es keiner, sich unserer Organisation anzuschließen, die unsere Interessen überall vertritt und verteidigt: dem Centralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

**Marien-Wedding.** Am 19. Mai hielt unsere Ortsgruppe eine allgemeine Versammlung ab; dieselbe war nur spärlich besucht. Der Grund hierfür dürfte darin liegen, indem an dem Abend ein schwieriges Gewitter über unsrigen Markt hinwegzog, und der Regen in Strömen niederging. Vorsitzender Pscherer erzielte dem Kollegen Geier aus Augsburg das Wort. Derselbe verbreitete sich in längerer Rede über Nutzen und Ziele der christlichen Gewerkschaft, reicher Beifall lohnte dem Redner für seine Mühe. An der Diskussion beteiligte sich der Vorsitzende der christlichen Metallarbeiter, desselbe sprach über das rücksichtlose Benehmen der "freien" Gewerkschaften. Kollege Pscherer sprach über verdeckte Sparanstalten der Industriellen. Kollege Karl Greger über den Nutzen der Gewerkschaft. Trotz des geringen Besuches konnten 7 Aufnahmen gemacht werden.

Vor dem am Sonntag, den 20. Mai im nahen Walbershof abgehaltenen Versammlung waren circa 400 Personen anwesend. Nachdem der Vorsitzende der Bezirksvorstand Deßner die Versammlung eröffnet hatte, nahm der Referent Kollege Geier das Wort, welcher sich in einer ¾-stündigen Rede über die Notwendigkeit und den Nutzen der Organisation vertrat. An der Diskussion beteiligte sich Herr Kooperator Branner aus Walbershof. Derselbe legte die hiesigen Lohnverhältnisse durch eine statistische Zusammenstellung klar und forderte die Anwesenden auf, der Organisation beizutreten. Zum Schlus beklagte er noch, daß die Arbeiterinnen so wenig vertreten waren. Wir hatten 8 Neu-Aufnahmen zu verzeichnen.

**Süchteln.** Am 7. Juni fand hier eine Besprechung der Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner statt, um einen Austausch über die Verhältnisse in Süchteln zu halten. Zur Sitzung wurden die Gewerkschaften einzehend besprochen und festgestellt, daß die Ortsgruppe Süchteln an dem Ausschaltung unseres Verbandes ebenfalls Anteil hat, ist dieselbe doch in zwar langsam aber stetem Steigen begriffen. Um nun dieses Steigen möglichst noch zu fördern, wurde beschlossen, am Sonntag, den 24. Juni, nachmittags 1½ Uhr, im Saale des Herrn Wilhelm Kempfes eine Mitgliederversammlung abzuhalten, mit der Tagesordnung: "Die Vorgänge in letzter Zeit". Der Vorstand gibt sich der angenehmen Hoffnung hin, daß die Mitglieder der Ortsgruppe, soweit sie nicht dringend verhindert sind, erscheinen werden. Anreden, wie z. B. "Och, et ob mich de läufig", oder "ech gon lieber spaziere", oder "wat soll och dooun", können unmöglich als begründete Entschuldigung gelten. Die Versammlung ist wichtig, verjämme deshalb keiner zu kommen!

## Versammlungskalender.

Borghorst.	17. Juni, 11 Uhr, bei Franz Dierweg.





<tbl\_r cells